



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

29. Jahrgang

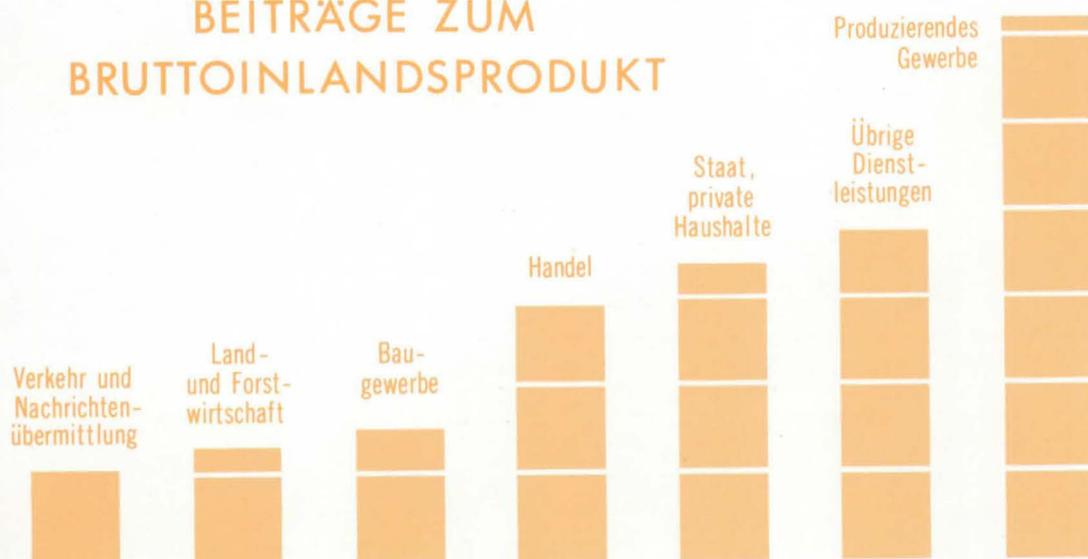
Heft 7

Juli 1977

Aufsätze: Straßen
Handelsdünger
Zur Bauberichterstattung
„Lange Reihen“ (Vorabdruck)

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

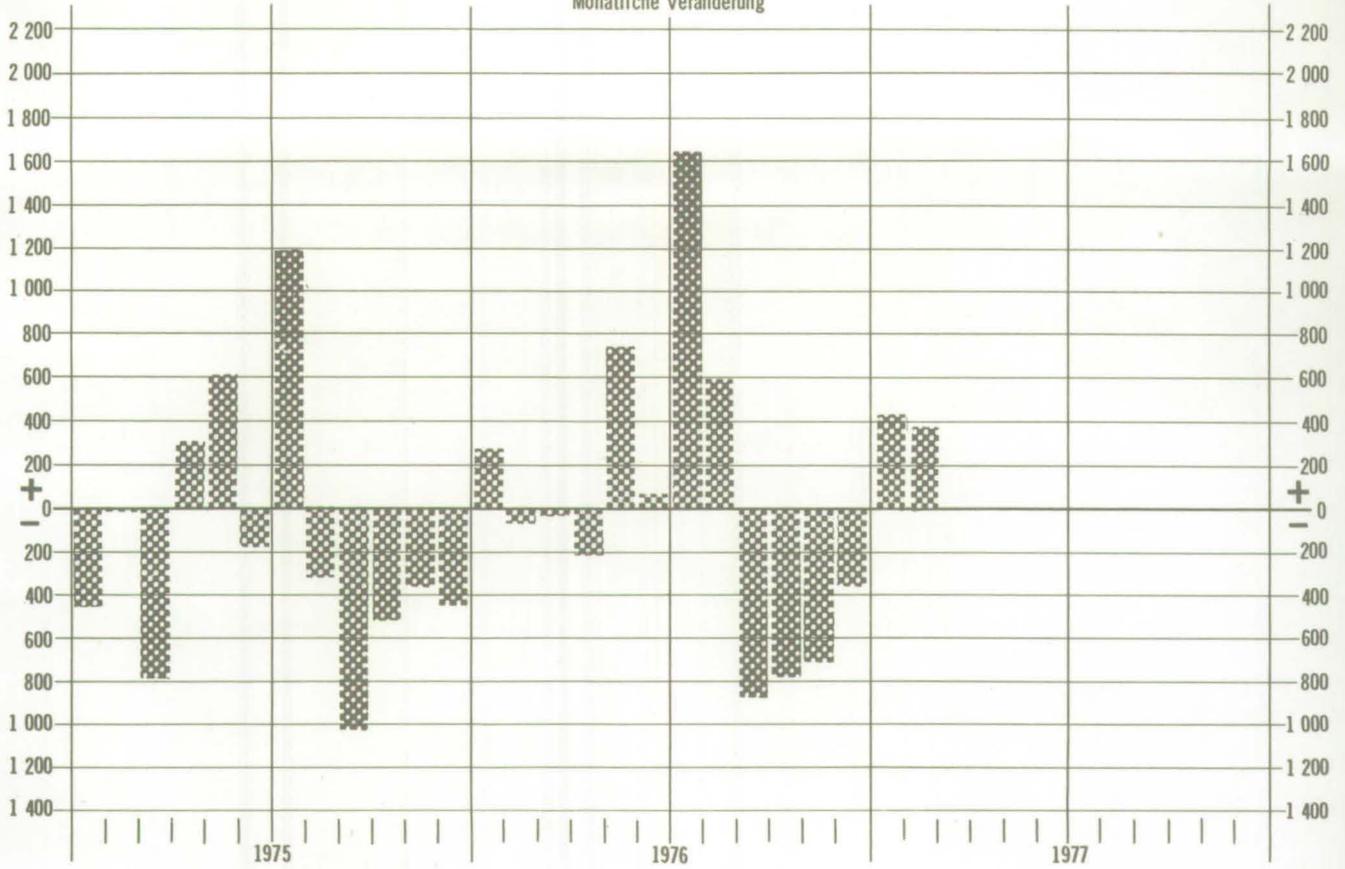


Herausgegeben vom

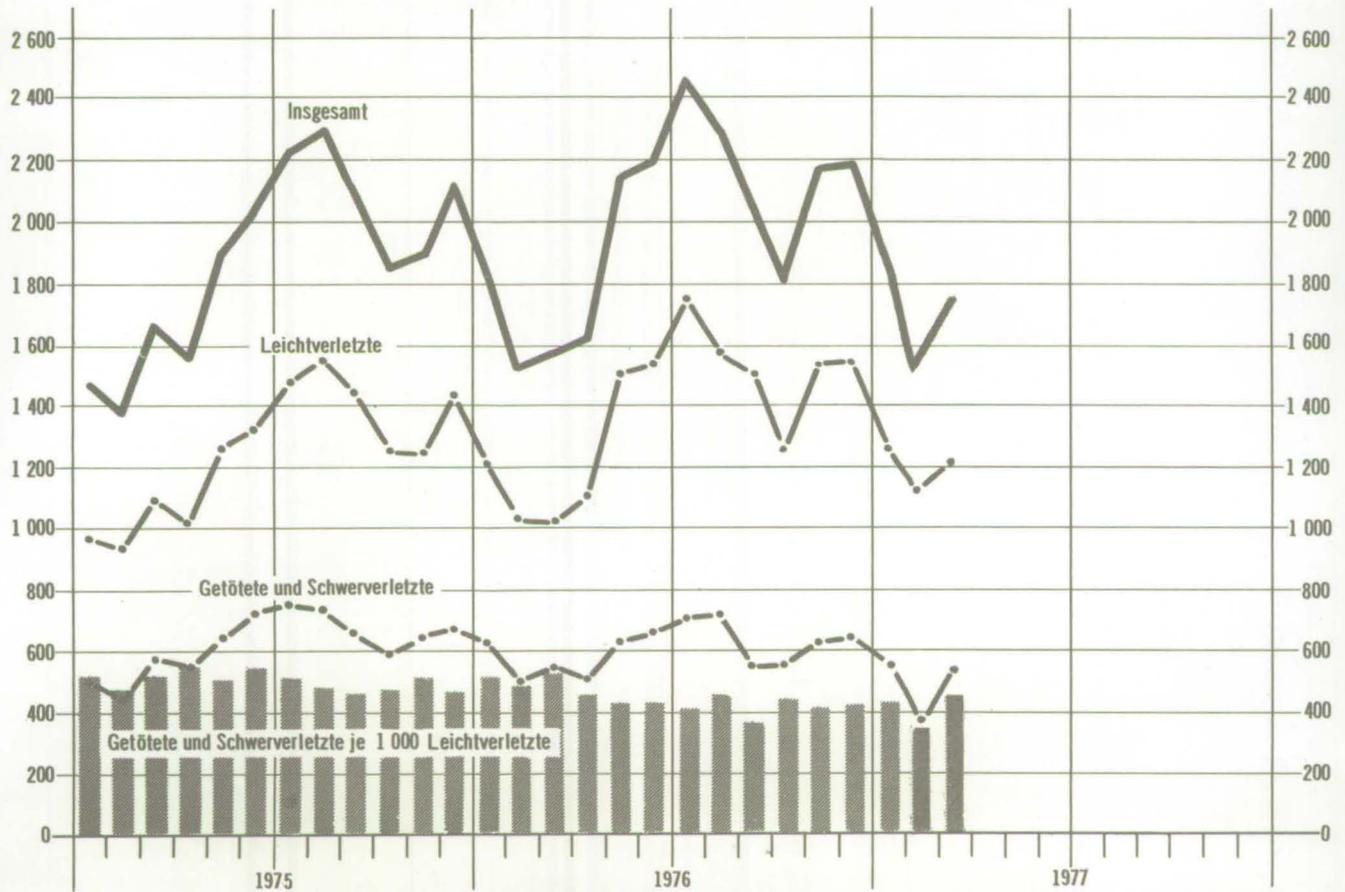
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

29. Jahrgang

Heft 7

Juli 1977

Aktuelle Auslese



Straßenverkehrsunfälle

Nach dem Rückgang der Straßenverkehrsunfälle in den Jahren 1973 und 1974 ist ab 1975 wieder eine deutliche Verschlechterung des Unfallgeschehens eingetreten. Diese Entwicklung hat sich im 1. Halbjahr 1977 fortgesetzt. Wie die Polizei feststellte, ereigneten sich auf den Straßen Schleswig-Holsteins von Januar bis Juni 8 573 Unfälle mit Personenschaden. Dabei wurden 304 Personen getötet und 11 224 Personen verletzt. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres nahm die Zahl der Unfälle um 6,9 %, die Zahl der Verletzten um 6,4 % zu. Die Zahl der Getöteten stieg gegenüber dem allerdings vergleichsweise niedrigen Vorjahresstand (- 13,6 %) um 10,9 %.



Weniger Angestellte in der verarbeitenden Industrie

Ende Mai 1977 waren in den schleswig-holsteinischen Betrieben der verarbeitenden Industrie (mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten) rd. 163 000 Personen beschäftigt, das sind knapp 2 % weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Freisetzung von Mitarbeitern erfuhr um die Jahreswende 1976/77 - ein Kündigungstermin für Angestellte - einen neuen Impuls, nachdem sie sich im Laufe des Jahres 1976 deutlich verringert hatte. Während nämlich Ende Januar 1977 1 600 Arbeiter (1,4 %) in den Betrieben weniger gezählt wurden als einen Monat vorher, sank die Zahl der Angestellten gleichzeitig um 1 200 (2,5 %). Hinsichtlich der Gesamtzahl der Beschäftigten wurde von Dezember 1974 auf Januar 1975 - in der heftigsten Phase der Rezession - ein ähnlicher, ungewöhnlich starker Rückgang in Monatsfrist registriert (1,6 %). Damals waren aber Arbeiter (- 1,8 %) weit stärker betroffen als Angestellte (- 1,1 %).

Die Bemühungen der Unternehmen, die Personalkosten zu senken, konzentrieren sich demnach gegenwärtig verstärkt auf den Verwaltungsbereich.



Günstige Entwicklung der staatlichen Steuern

Im 1. Halbjahr 1977 betrug das Aufkommen aus staatlichen Steuern in Schleswig-Holstein 3,29 Mrd. DM. Es erhöhte sich damit kräftig gegenüber dem des entsprechenden Halbjahreszeitraumes 1976 (+ 343 Mill. DM oder 11,6 %). Die Lohnsteuer als ergiebigste Steuer stieg um 12,9 % an und erreichte 1,2 Mrd. DM.

Die Steuereinnahmen des Landes Schleswig-Holstein erbrachten im Berichtszeitraum 1,73 Mrd. DM und übertrafen die des 1. Halbjahres 1976 um 202 Mill. DM oder 13,2 %. Hiervon entfielen auf die Landessteuern 240 Mill. DM (+ 13,7 %), auf den Anteil an den Steuern vom Einkommen 1,03 Mrd. DM (+ 10,8 %) und auf den Anteil an den Steuern vom Umsatz 426 Mill. DM (+ 19,2 %).



Güterumschlag der Häfen

Im Jahre 1976 haben die Häfen in Schleswig-Holstein insgesamt 23,7 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 60 000 t oder 0,3 % weniger als 1975. Den ersten Platz unter den Häfen nahm Lübeck mit einem Umschlag von 7,5 Mill. t ein. Gegenüber 1975 konnte dort die umgeschlagene Gütermenge um fast 25 % erhöht werden. Hinter Lübeck folgte Brunsbüttel mit 7,0 Mill. t. Das sind 10 % weniger als 1975. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf den geringeren Umschlag von rohem Erdöl sowie Kraftstoffen und Heizöl zurückzuführen. Mit 2,4 Mill. t (+ 17 %) behauptete Puttgarden den dritten Platz vor Kiel mit 1,7 Mill. t (- 7 %), Wedel mit 1,3 Mill. t (- 3 %) und Rendsburg mit 1,0 Mill. t (- 3 %).

Straßen in Schleswig-Holstein

Öffentliche Straßen in den Kreisen am 1. 1. 1976

Das Straßennetz der öffentlichen Straßen setzt sich aus den Straßen des überörtlichen Verkehrs (klassifizierte Straßen) und den Gemeindestraßen zusammen. Klassifizierte Straßen sind Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Die Träger der Baulast sind dementsprechend der Bund, das Land und die Kreise (kreisfreien Städte). Die Gemeindestraßen werden dagegen von den Gemeinden unterhalten. Die Gemeinden mit mehr als 80 000 Einwohnern müssen darüber hinaus für die Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen aufkommen, die mit mehr als 20 000 Einwohnern für solche von Landes- und Kreisstraßen.

Während der Bestand an klassifizierten Straßen jährlich ermittelt wird, werden die Gemeindestraßen nur alle fünf Jahre gezählt. Die jüngste Zählung dieser Art fand am 1. Januar 1976 statt. Daher ist es möglich, für diesen Zeitpunkt das gesamte Straßennetz darzustellen.

Am 1. Januar 1976 hatte das Netz der öffentlichen Straßen Schleswig-Holsteins eine Gesamtlänge von rund 28 000 km. Davon waren 9 500 km klassifizierte Straßen und 18 500 km Gemeindestraßen. Hierbei sind auch die Ortsdurchfahrten, die sich in der Baulast der Gemeinden befinden, den klassifizierten Straßen zugerechnet worden. Es sind dies 357 km, die von Städten mit mehr als 80 000 oder 20 000 Einwohnern unterhalten werden. Davon entfielen auf Bundesstraßen 75 km, auf Landesstraßen 94 km und auf Kreisstraßen 188 km. Zu den öffentlichen Straßen kommen noch 257 km Privatstraßen, die dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr zur Verfügung stehen.

Von den klassifizierten Straßen sind 1 900 km Ortsdurchfahrten und von den Gemeindestraßen 7 200 km Innerortsstraßen. Für die freie Strecke verbleiben damit 18 900 km. Das sind gut zwei Drittel des gesamten Netzes.

Nach dem Ergebnis der letzten Zählung hat der Kreis Schleswig-Flensburg mit fast 4 000 km die meisten Straßen. Dahinter folgen die Kreise Nordfriesland mit 3 800 km und Rendsburg-Eckernförde mit 3 500 km. Am kürzesten ist das Straßennetz im Kreis Stormarn. Dort hat es eine Länge von 1 400 km. Unter den kreisfreien Städten hat Flensburg mit 220 km das kürzeste, Lübeck mit 630 km das längste Straßennetz. Die unterschiedliche Länge des Straßennetzes in den Kreisen hängt zum Teil mit deren Größe zusammen. Daher empfiehlt es sich, Relativzahlen zu bilden, wenn man die Kreise miteinander vergleichen will. Es bieten sich

	Öffentliche Straßen insgesamt (einschl. Privatstraßen)			Bevölkerungsdichte am 31.12.1975
	km	km je 100 qkm	km je 10 000 Einw.	
FLENSBURG	216	383	23	1 654
KIEL	513	466	20	2 380
LÜBECK	632	295	27	1 086
NEUMÜNSTER	244	341	29	1 185
Dithmarschen	2 223	161	170	95
Hzgt. Lauenburg	2 074	164	137	120
Nordfriesland	3 807	188	236	80
Ostholstein	2 269	163	122	134
Pinneberg	1 711	259	68	382
Plön	1 661	154	146	105
Rendsburg-Eckernförde	3 511	161	148	108
Schleswig-Flensburg	3 998	193	226	85
Segeberg	2 368	176	122	145
Steinburg	1 596	151	122	123
Stormarn	1 437	188	82	228
Schleswig-Holstein	28 258	180	109	165

die Straßendichte (km Straße je 100 km² Fläche) und die Beziehung auf die Einwohnerzahl (km Straße je 10 000 Einwohner) an. Beide Kennziffern stehen über die Bevölkerungsdichte in folgendem Zusammenhang:

$$\frac{\text{km}}{\text{Einwohner}} \cdot \frac{\text{Einwohner}}{\text{km}^2} = \frac{\text{km}}{\text{km}^2}$$

Die Straßenlänge je Einwohner mal die Bevölkerungsdichte ergibt also die Straßendichte. Die obige Tabelle zeigt, daß die Straßendichte der Landkreise sehr ausgeglichen ist. Zwischen der geringsten und der größten Dichteziffer besteht ein Verhältnis von 1 : 1,7 gegenüber 1 : 2,8 bei den absoluten Längen. Die kleinste Straßendichte hat Steinburg mit 151 km je 100 km², die größte der Kreis Pinneberg mit 259 km auf 100 km². Darüber liegen nur die kreisfreien Städte, deren Straßendichte zwischen 295 und 466 km je 100 km² schwankt. Da die Bevölkerungsdichte der Landkreise im Verhältnis 1 : 4,8 streut, muß die Straßenlänge je Einwohner stärker streuen als die Straßendichte. Tatsächlich zeigt sie Unterschiede von 1 : 3,5. Der Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Streuungen läßt sich verdeutlichen, wenn man die Beziehung zwischen Bevölkerungsdichte und Straßenlänge je Einwohner einerseits und die Straßendichte andererseits für die Kreise Steinburg und Pinneberg zahlenmäßig darstellt. Es ergeben sich dann folgende Ausdrücke:

	Bevölkerungs- dichte		Straßenlänge je Einwohner	=	Straßendichte
Steinburg	123	x	0,0122	=	1,51
Pinneberg	382	x	0,0068	=	2,59

Man sieht jetzt, daß bei den vorgegebenen großen Unterschieden in der Bevölkerungsdichte die Unterschiede in der Straßendichte nur dadurch relativ gering sind, daß die Straßenlängen je Einwohner ebenfalls sehr verschieden sind.

Im Unterschied zur Straßendichte, die etwas über die Erschließung eines Kreises aussagt, steht der Quotient Straßenlänge je Einwohner für die finanzielle Belastung der Bevölkerung. Sie ist in Nordfriesland am größten. Dort ist die Bevölkerungsdichte am geringsten, gleichzeitig ist aber die Straßendichte verhältnismäßig hoch. Im Kreis Pinneberg ist die Straßendichte am höchsten, gleichzeitig hat der Kreis aber auch die mit Abstand höchste Bevölkerungsdichte. Daher ist die Straßenlänge je Einwohner im Kreis Pinneberg am niedrigsten.

Veränderungen seit 1956

Seit 1956 ist das Straßennetz Schleswig-Holsteins beträchtlich erweitert worden. Seine Gesamtlänge stieg von 20 900 km auf 28 000 km, also um 7 100 km. Davon entfielen auf die Gemeindestraßen 4 400 km (+ 31%) und auf die klassifizierten Straßen 2 700 km (+ 40%).

Das Netz der klassifizierten Straßen ist vor allem durch Aufstufungen von Gemeindestraßen bei gleichzeitigem Umbau erweitert worden. Zwischen 1956 und 1976 sind etwa 2 700 km Gemeindestraßen heraufgestuft worden. Da im gleichen Zeitraum nur rund 500 km klassifizierte Straßen herabgestuft wurden, ergeben sich per Saldo etwa 2 200 km zugunsten der klassifizierten Straßen. Für Neubauten verbleiben dann noch etwa 500 km.

An der Erweiterung des Straßennetzes für den überörtlichen Verkehr, die sich hauptsächlich als Folge von Umstufungen ergab, waren alle vier Straßenklassen beteiligt. Am stärksten, nämlich um rund 1 600 km, ist das Kreisstraßennetz gewachsen. Dahinter folgen die Bundesstraßen mit einem Zuwachs von gut 600 km, die Landesstraßen mit knapp 300 km sowie die Autobahnen mit etwa 200 km.

Die Deckenart

Zur Bewältigung des ständig steigenden Verkehrsaufkommens wurden in dem betrach-

Das Straßennetz nach der Deckenart in km 1.1.1976

Straßengattung	Gesamtlänge	davon mit			
		leichter Decke	mittel- schwerer Decke	schwerer Decke	sonstiger Decke
Bundesautobahn	258	—	—	258	—
Bundesstraßen ¹	1 987	48	554	1 369	16
Landesstraßen ¹	3 616	581	2 241	727	67
Kreisstraßen ¹	3 623	453	2 490	547	134
Gemeindestraßen	18 516	5 251	8 069	1 782	3 414
Insgesamt	28 001	6 333	13 354	4 683	3 631

¹⁾ einschließlich Ortsdurchfahrten in der Baulast der Gemeinden

teten Zeitraum neben der Verlängerung des Straßennetzes auch viele Straßen mit besseren Decken versehen und verbreitert. Maßgebend für die Einteilung in Deckenarten ist in erster Linie die Tragfähigkeit. Sie wird durch die Bauweise der Decke bestimmt. Bei der folgenden Aufgliederung der Straßen nach der Deckenart ist außerdem zu beachten, daß für die Zuordnung nicht der jeweilige Zustand der Decke, sondern der ursprüngliche Fahrbahnbelag maßgebend ist.

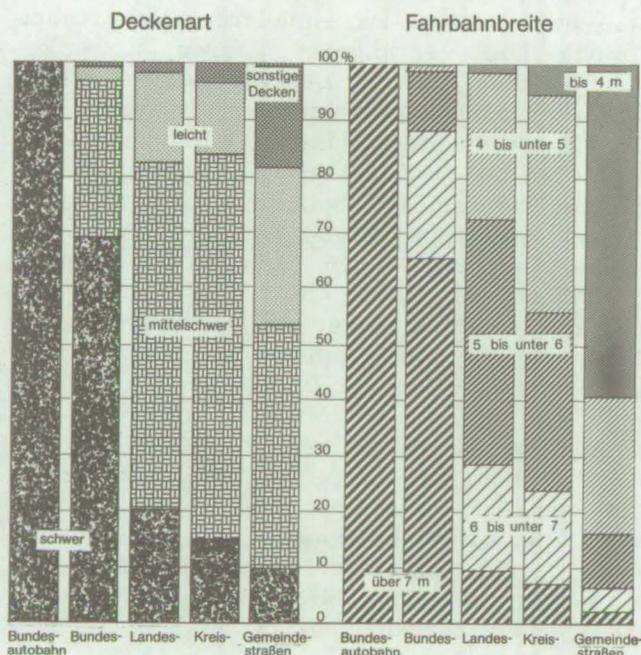
Wie der Tabelle zu entnehmen ist, trugen Anfang des vergangenen Jahres 6 333 km (22,6%) eine leichte Decke. Hierzu zählen Oberflächenschutzschichten und Teppiche. Die Oberflächenschutzschichten umfassen alle einfachen und verstärkten Oberflächenbehandlungen und verstärkten Oberflächenbehandlungen, bituminöse Schlämmen sowie dünne bituminöse Teppiche von weniger als 1,5 cm Dicke. Die eigentlichen Teppiche haben demgegenüber eine Dicke von 1,5 bis 3,0 cm. Ergänzend ist zu bemerken, daß Oberflächenbehandlungen und Teppiche nur dann unter die leichten Decken fallen, wenn sie als selbständige Beläge auftreten oder die bisherige Fahrbahndecke erst zu einer für den Kraftfahrzeugverkehr geeigneten Befestigungsart machen. Das letztere ist z. B. der Fall, wenn sie auf einer wassergebundenen Decke verlegt sind, nicht aber, wenn sie auf mittelschweren Belägen oder auf Großpflaster aufgebracht worden sind.

Leichte Decken trifft man vor allem auf Gemeindestraßen an. Dort machten sie 28,4% der Gesamtlänge aus. Die Länge der klassifizierten Straßen mit einer leichten Decke betrug Anfang 1976 dagegen 1 082 km. Das sind rund 11,4% des Straßennetzes für den überörtlichen Verkehr. Von den Bundesstraßen waren nur 2,4% mit einer leichten Decke ausgestattet. An den Landesstraßen waren die leichten Decken dagegen mit 16,1% beteiligt. Bei den Kreisstraßen betrug der Anteil 12,5%.

Der vorherrschende Deckentyp in Schleswig-Holstein ist die mittelschwere Decke. Sie kam Anfang 1976 auf einer Länge von 13 354 km vor. Das ist knapp die Hälfte der gesamten Straßenlänge. Zu den mittelschweren Decken gehören Tränk- und Einstreudecken, ferner Mischmakadam von 3 bis 7 cm sowie alle hohlraumarmen Mischdecken wie Asphalt- und Teerbeton von 3 bis 6 cm Dicke. Von den Kreisstraßen trugen 68,7%, von den Landesstraßen 62,0% einen mittelschweren Belag. Von den Bundesstraßen verfügten dagegen nur 27,9% über eine mittelschwere Decke. Der verhältnismäßig geringe Anteil der mittelschweren Decken bei Bundesstraßen hängt mit der höheren Verkehrslast zusammen. Auf die Dauer wären diese Decken den hohen Anforderungen nicht gewachsen. Der Anteil der mittelschweren Decken bei den Gemeindestraßen betrug Anfang 1976 43,6%.

D - 4857

Anteil der Deckenarten und der Fahrbahnbreiten im Straßennetz
am 1. 1. 1976



Die Gruppe der schweren Decken, die alle für schweren Verkehr geeigneten Bauweisen umfaßt, setzt sich aus schweren bituminösen Decken, Groß- und Kleinpflaster sowie Zementbetondecken zusammen. Unter Großpflaster versteht man das vollwertige Großpflaster aus Natur- und Kunststeinen. "Altes Kopfsteinpflaster", das meistens sehr ungleich-

mäßig und holprig ist, gehört nicht in diese Gruppe, sondern zu den sonstigen Decken. Straßenabschnitte mit schlecht liegendem Großpflaster zählen jedoch nicht zum "alten Kopfsteinpflaster", da für die Eingruppierung nicht die augenblickliche Beschaffenheit maßgebend ist.

Die Bundesautobahnen sind am besten ausgebaut. Sie sind ausschließlich mit hochwertigen schweren bituminösen Decken oder Zementdecken ausgestattet. Von den Bundesstraßen verfügten am 1. Januar 1976 68,9% über schwere Decken. Es handelt sich hierbei vorwiegend um bituminösen Beton. Auf den Landes- und Kreisstraßen sind die schweren Decken relativ selten anzutreffen. Ihr Anteil betrug 20,1 und 15,1%. Von den Gemeindestraßen hatten nur 9,6% eine schwere Decke.

Zu der Gruppe der sonstigen Deckenarten sind hier alle Beläge zusammengefaßt, die unter keine der vorstehend beschriebenen Deckenarten fallen. Es handelt sich in der Hauptsache um einfach befestigte Fahrbahnen, wassergebundene Decken, Klinkerdecken, Zementschotterdecken und altes Kopfsteinpflaster. Straßen mit einfach befestigter Fahrbahn sind nicht als Kunststraßen ausgebaut. Sie sind aber durch Schüttungen mit Kies, Schlacken und losem Gestein so befestigt, daß sie von Kraftfahrzeugen benutzt werden können. Zu den wassergebundenen Decken zählen dagegen die nach der Kies- und Makadambauweise ausgebauten und mit Wasser eingeschlammten Decken, die nicht mit einem staubfreien Schutzüberzug versehen sind. Als altes Kopfsteinpflaster ist das Pflaster anzusehen, das nicht nach den Regeln des Pflasterbaues unter Verwendung regelmäßiger Steine verlegt ist, sondern aus unregelmäßigen Steinen besteht und nicht gleichmäßig versetzt worden ist. All diese Decken haben nur noch bei den Gemeindestraßen größere Bedeutung. Hierauf wird weiter unten noch näher eingegangen.

Die Entscheidung über die Eingliederung einer Decke in eine der Gruppen wird oft dadurch erschwert, daß im Wege der Unterhaltung oder Erneuerung mehrere Decken, die ihrem Wesen nach verschiedenen Gruppen angehören, übereinander verlegt worden sind. In solchen Fällen gibt nicht die zuletzt aufgebrachte Schicht den Ausschlag. Vielmehr ist der deckentechnische Gesamtcharakter entscheidend. Auch Pflaster- und Betondecken behalten ihre alte Eigenschaft, wenn sie nur mit leichten Unterhaltsbezügen belegt sind. Werden sie jedoch mit Decken versehen, die zu den mittelschweren oder schweren Bauweisen rechnen, so wird die alte Pflaster- oder Betondecke zum Unterbau.

Die Fahrbahnbreite

Die Brauchbarkeit einer Straße hängt neben ihrer Decke von der Fahrbahnbreite ab. Die Fahrbahnbreite ist die senkrecht zur Längsachse der Straße ermittelte Breite der befestigten Fahrbahn. Als Fahrbahn gilt die aus einzelnen Fahrspuren bestehende, nach ihrer Tragfähigkeit annähernd gleichwertig ausgebaute und für den Fahrverkehr bestimmte Verkehrsfläche. Radfahrern und Fußgängern vorbehaltene Verkehrsflächen rechnen nicht dazu. Die größten Fahrbahnbreiten findet man bei den Autobahnen und Bundesstraßen. Die Autobahnen haben eine Breite von 15 m und mehr und verfügen über mindestens vier Fahrstreifen, wobei der Grünstreifen zwischen den Fahrbahnen nicht mitgerechnet wird. Von den Bundesstraßen hatten 61 km mit einer Breite von 12 m und mehr einen autobahnähnlichen Querschnitt. Weitere 126 km waren 9 bis 12 m breit. Die meisten Strecken messen aber 6 bis 9 m. Die übrigen Straßen sind weniger breit angelegt. Bei den Landesstraßen überwiegen Querschnitte von 5 bis 6 m. 7 m und breiter waren nur 9,3% der Landesstraßen. Die Kreisstraßen sind überwiegend für den örtlichen Verkehr innerhalb eines Kreises oder zwischen benachbarten Kreisen vorgesehen. Daher brauchen sie nicht so breit angelegt zu werden wie Bundes- oder Landesstraßen, die dem weiträumigen Verkehr dienen sollen. Die meisten Kreisstraßen sind denn auch zwischen 4 m und 6 m breit (71,2%). Im Gemeindestraßennetz herrschen die schmalen Fahrbahnen vor. Von der Gesamtlänge waren Anfang 1976 etwa 60% bis 4 m breit. Die oberste Breitenklasse war nur mit 2,1% vertreten.

Besondere Gefahrenpunkte des Verkehrs sind höhengleiche Kreuzungen mit der Eisenbahn.

Hiervon gab es 1976 in Schleswig-Holstein 415. Davon lagen 87 im Zuge von Bundesstraßen, 159 auf Landes- und 169 auf Kreisstraßen. Demgegenüber gab es 131 höhenverschiedene Kreuzungen, von denen 14 im Zuge von Autobahnen und 48 im Zuge von Bundesstraßen lagen.

Die Gemeindestraßen

Im Rahmen der Gemeindestraßenstatistik werden die dem öffentlichen Verkehr mit Kraftfahrzeugen dienenden Straßen mit Ausnahme der Straßen des überörtlichen Verkehrs gezählt. Nicht berücksichtigt werden Straßen, die für den Kraftfahrzeugverkehr ohne Einschränkung dauernd gesperrt sind, also alle Feld-, Wald- und Wirtschaftswege, die nur dazu dienen, land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke zu erschließen, sowie die noch im Bau befindlichen neuen Straßen. Straßen die am Erhebungsstichtag für den Verkehr gesperrt sind, weil sie verbreitert oder instandgesetzt werden, werden dagegen mitgezählt. Außer den Gemeindestraßen werden auch Brücken, die im Zuge der zu erfassenden Straßen vorhanden sind, sowie die in Gemeinden über 10 000 Einwohner innerhalb der geschlossenen Ortslage vorhandenen Parkeinrichtungen aufgenommen.

Gemeindestraßen sind in erster Linie dazu bestimmt, den Verkehr innerhalb des Gemeindebereichs und zwischen benachbarten Gemeinden aufzunehmen. Man unterscheidet Innerorts- und Außerortsstraßen. Innerortsstraßen sind Straßen, die innerhalb der geschlossenen Ortslage liegen. Diese umfaßt diejenigen Teile des Gemeindebezirks, die zusammenhängend bebaut sind, wobei einzelne unbebaute Grundstücke sowie einseitige Bebauung die geschlossene Ortslage nicht aufheben. Außerortsstraßen sind dementsprechend

Gemeindestraßen am 1. 1. 1976 nach der Deckenart
in km

Straßenart	Gesamtlänge	leichte Decken		mittelschwere Decken	schwere Decken		sonstige Decken	
		zusammen	darunter Teppichbeläge		zusammen	darunter bitumierte Beläge	zusammen	darunter einfach befestigte Fahrbahnen
Innerortsstraßen	7 165	2 108	1 497	3 332	1 037	614	690	320
Außerortsstraßen	11 351	3 143	2 141	4 738	745	385	2 725	1 399
davon								
Verbindungsstraßen zu klassifizierten Straßen	2 550	675	483	1 262	210	167	403	212
Verbindungsstraßen zwischen Gemeinden und Ortsteilen	4 400	1 344	880	1 935	193	132	929	574
Wirtschaftswege	3 344	836	588	1 152	292	57	1 065	383
Sonstige Außerortsstraßen	1 057	289	190	389	51	29	328	231
Gemeindestraßen insgesamt	18 516	5 251	3 638	8 069	1 782	999	3 414	1 719

Straßen, die außerhalb der geschlossenen Ortslage verlaufen. Die Außerortsstraßen werden noch einmal unterschieden in Verbindungsstraßen zu Straßen des überörtlichen Verkehrs, in Verbindungsstraßen zwischen Gemeinden und Ortsteilen, in Wirtschaftswege mit öffentlichem Kraftfahrzeugverkehr (nur in Schleswig-Holstein) und in sonstige Außerortsstraßen.

Das Netz der Gemeindestraßen ist in den vergangenen 20 Jahren um rund 4 000 km verlängert worden. Dieser Wert ergibt sich als Differenz zwischen den beiden Vergleichswerten. Er ist nicht mit der Neubauleistung gleichzusetzen. Sie lag wesentlich höher, nämlich bei 6 000 km. Der Unterschied ergibt sich daraus, daß in dem betrachteten Zeitraum per Saldo rund 2 000 km Gemeindestraßen heraufgestuft worden sind.

Gegenüber der letzten Zählung im Jahre 1971 sind die Gemeindestraßen um 1 700 km oder 10% verlängert worden. Dieser Zuwachs ist vor allem auf Neubauten mit einer Länge von 1 600 km zurückzuführen. Dazu kommen 300 km infolge von Berichtigungen und durch die Aufnahme von Straßen, die seit 1971 Verkehrsbedeutung erlangt haben. Diesen Zugängen steht ein negativer Saldo bei den Umstufungen gegenüber. Während nämlich 400 km Gemeindestraßen zu klassifizierten Straßen heraufgestuft wurden, kamen durch Herabstufungen klassifizierter Straßen nur 150 km zu dem bisherigen Bestand an Gemeindestraßen dazu.

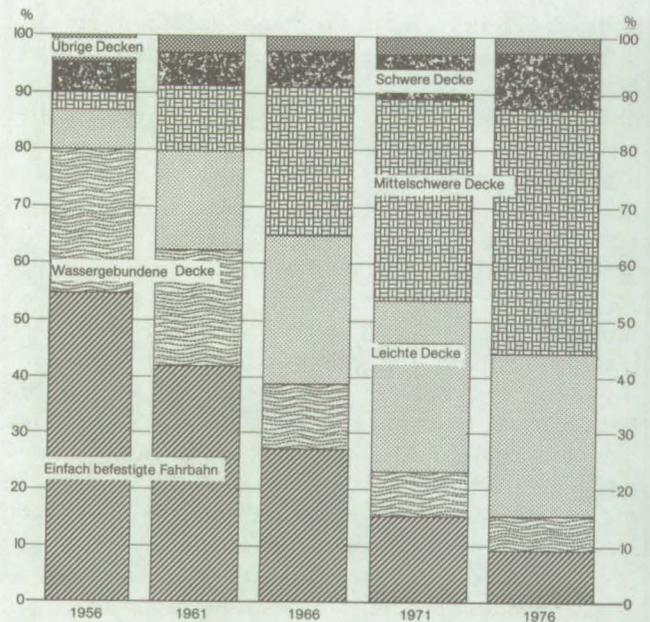
Von den 18 500 km Gemeindestraßen waren Anfang 1976 knapp zwei Fünftel Innerortsstraßen. Von den Außerortsstraßen entfielen 4 400 km auf Verbindungen zwischen Gemeindekernen und ihren Ortsteilen. Rund 2 500 km waren Straßen, die die Gemeinden an klassifizierte Straßen anbinden. Weitere 3 300 km sind Wirtschaftswege, die auch dem öffentlichen Kraftfahrzeugverkehr, in erster Linie aber der Erschließung der an ihnen gelegenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke dienen.

Wenn auch die Gemeindestraßen entsprechend ihrer geringeren Verkehrsbedeutung immer noch weniger gut ausgebaut sind als die klassifizierte Straßen, so sind die Unterschiede bei den Decken doch erheblich geringer geworden. Welche Verbesserungen die Gemeindestraßen in den vergangenen 20 Jahren erfahren haben, läßt das Bild erkennen. Danach ist der Anteil der einfach befestigten Fahrbahnen und der wasser gebundenen Decken im Laufe der Zeit immer geringer geworden. An ihre Stelle sind die leichten und mittelschweren Decken getreten, die aus Teer oder Bitumen bestehen. Die

schweren Decken haben ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil lag 1976 jedoch noch immer unter 10%. Das alte Kopfsteinpflaster ist dagegen fast vollständig aus dem Straßenbild verschwunden. Bei der letzten Zählung war es nur noch auf einer Länge von insgesamt 127 km anzutreffen.

D - 4858

Gemeindestraßen nach der Deckenart



Bei den Fahrbahnbreiten hat es im Unterschied zu den Fahrbahndecken nur geringfügige Verschiebungen gegeben. Da ab 1966 neue Klassenbreiten gewählt worden sind, beschränkt sich der Vergleich allerdings auf die letzten drei Erhebungen. Gegenüber 1966 hat sich der Anteil der Gemeindestraßen mit weniger als 4 m Breite leicht erhöht, er ist von 57% auf 60% angewachsen. Dies liegt an den Wirtschaftswegen, die gegenüber 1971 um rund 1 000 km verlängert worden sind. Der Anteil der Straßen mit einer Breite zwischen 4 und 5 m ist dagegen von 29% auf 24% zurückgegangen. Die Straßen mit einer größeren Breite haben ihren Anteil durchweg vergrößert.

Die Innerortsstraßen sind im Durchschnitt etwas breiter als die Außerortsstraßen. Von den Innerortsstraßen hatten 1976 nur rund ein Drittel eine Breite von weniger als 4 m. Dagegen war diese geringe Breite bei drei Vierteln aller Außerortsstraßen anzutreffen. In der Gruppe der Außerortsstraßen schwankte der Anteil der ganz schmalen Straßen allerdings beträchtlich. So

waren die Wirtschaftswege zu rund 90% weniger als 4 m breit. Von den Verbindungsstraßen zu klassifizierten Straßen waren dagegen rund 70% weniger als 4 m breit.

Ein zügiger und sicherer Verkehr setzt neben gut ausgebauten Straßen auch Brücken voraus, wobei die Brückendichte eines Landes von dessen topografischer Gestalt abhängt. Von allen Flächenländern der Bundesrepublik hat Schleswig-Holstein die geringste Brückendichte. Anfang 1976 gab es in Schleswig-Holstein insgesamt 2 661 Brücken. Davon lagen 1 572, also über die Hälfte, im Zuge von Straßen des überörtlichen Verkehrs, obwohl diese nur ein Drittel des gesamten Straßennetzes ausmachten. Mit einer Brücke je 2,4 km Strecke wiesen die auf geringe Steigungen, große Kurvenradien und Kreuzungsfreiheit angelegten Autobahnen verständlicherweise die höchste Brückendichte auf. Bei den noch großzügig trassierten Bundesstraßen befand sich alle 3,6 km eine Überführung. Die weitere Reihenfolge richtet sich ebenfalls nach der Verkehrsbedeutung. Im Gemeindestraßennetz ist im Durchschnitt nur alle 17,0 km eine Brücke anzutreffen.

Brücken im Zuge von Gemeindestraßen am 1. 1. 1976

Spannweite	Brücken insges.	davon in Tragfähigkeitsklasse (t)				
		12	16-24	30	45	60
2 m - 5 m	572
5 m - 10 m	357
10 m - 20 m	104	64	11	15	4	10
20 m - 30 m	33	10	3	7	2	11
30 m und mehr	23	3	4	7	1	8
Insgesamt	1 089	77	18	29	7	29

Die Erhebung der Brücken im Zuge von Gemeindestraßen erstreckte sich unter anderem auf die Spannweite und die Tragfähigkeit. Hierbei sind Brücken unter 2 m Spannweite fortgelassen worden und die Tragfähigkeit wurde nur bei Brücken ab 10 m Spannweite festgestellt. Mehr als die Hälfte aller Brücken war weniger als 5 m lang. 29 Brücken hatten eine Tragfähigkeit von 60 t.

Parkflächen

Die Zunahme des Individualverkehrs erfordert nicht nur mehr Straßen, es müssen auch mehr Parkflächen in den Städten zur Verfügung gestellt werden. Um erkennen zu können, wie es den Gemeinden gelungen ist, das Parkproblem zu bewältigen, sind im Rahmen

der Gemeindestraßenerhebung auch die Parkeinrichtungen in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern erfragt worden. Zu erfassen waren alle dem ruhenden Verkehr dienenden Flächen innerhalb der geschlossenen Ortslage, die als ständige Parkflächen ausgewiesen waren. Nicht berücksichtigt wurden: 1. Parkflächen, die nur einem bestimmten Personenkreis zur Verfügung standen, wie Parkplätze für Betriebsangehörige oder Kunden, 2. dauervermietete Einstellplätze in Hoch- und Tiefgaragen, 3. nicht ausdrücklich gekennzeichnete Parkspuren.

Öffentliche Stellplätze

in Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern am 1. 1. 1976

	Kiel	Lübeck	Flensburg	Neumünster	Norderstedt
Parkplätze	4 917	4 692	2 555	1 997	3 217
Parkstreifen	1 767	11 169	1 434	4 451	1 302
Parkspuren	337	594	1 883	5	-
Stellplätze auf Gehwegen	5 744	5 075	1 354	281	-
Parkhäuser und Hochgaragen	4 155	1 661	320	-	995
Tiefgaragen	190	91	115	-	-
zeitweilig verfügbare Plätze	2 459	88	50	460	175
Stellplätze insgesamt	19 569	23 370	7 711	7 194	5 689
dagegen am 1.1.1971	14 265	19 790	6 816	5 267	4 166

Ein Vergleich der Erhebungen von 1971 und 1976 zeigt, daß das Angebot an öffentlichem Parkraum erheblich gesteigert worden ist. So wurde die Zahl der Stellplätze in Kiel von 14 000 auf 20 000 erhöht. Zusätzlicher Parkraum wurde dort vor allem durch den Bau von Parkhäusern und Hochgaragen geschaffen. Verfügte Kiel nämlich 1971 erst über 700 Stellplätze in Parkhäusern und Hochgaragen, waren es 1976 über 4 000. Daneben ist in Kiel auch die Zahl der Parkplätze und Parkstreifen erheblich erhöht worden. Gegenüber 1971 stieg die Zahl der Parkplätze um 900 an, die Zahl der Parkstreifen um 600. Parkplätze sind Parkflächen abseits der Fahrbahnen der öffentlichen Straßen. Parkstreifen sind im Unterschied hierzu besonders gekennzeichnete Parkflächen, die außerhalb der Fahrbahnen entlangführen und auf denen schräg, parallel oder senkrecht zur Straßenachse geparkt wird. Nur geringe Bedeutung haben in Kiel Parkspuren. Das sind Parkflächen auf der Fahrbahn, auf denen die Fahrzeuge in Verkehrsrichtung aufgestellt werden. Zusätzlicher Parkraum wird durch Stellplätze auf Gehwegen geschaffen. Sie bieten in Kiel 5 700 Personewagen Platz.

Ungewöhnlich hoch sind in Kiel die zeitweilig zum Parken auf Markt- und Festplätzen verfügbaren Stellflächen. Sie hatten 1976 ein Fassungsvermögen von 2 500 Pkws. In Lübeck herrschen im Unterschied zu Kiel Parkstreifen vor. Hiervon gab es 1976 in Lübeck 11 000. Dafür gibt es in Lübeck weniger Stellplätze in Parkhäusern und Hochgaragen, weil man den Altstadt kern von Lübeck offenbar nicht durch nüchterne Zweckbauten zerstören will.

Bezieht man die Zahl der Stellplätze auf die Straßenlänge oder auf die Zahl der Einwohner, liegen jedoch weder Kiel noch Lübeck an der Spitze, sondern Bad Segeberg und Scharbeutz. In Bad Segeberg lag die Parkplatzdichte bei 137 Stellplätzen je km Straße oder 459 Stellplätzen je 1 000 Einwohner. Die geringste Parkplatzdichte hat Rellingen; dort kamen 4 Stellplätze auf einen Kilometer Straße.

Karlheinz König

Entwicklung des Handelsdüngeraufwandes

Jede Pflanze benötigt zum Wachstum neben Sauerstoff, Kohlenstoff und Wasserstoff eine Reihe von Nähr- und Mineralstoffen. Nach der Menge der aufgenommenen Elemente werden Makro- (Stickstoff, Phosphat, Kalium, Kalzium, Magnesium, Schwefel) und Mikro-nährstoffe (Bor, Kupfer, Eisen, Mangan, Zink u. a.) unterschieden. Die Düngemittelstatistik gibt dagegen lediglich Auskunft über die Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff-, Phosphat-, Kali- und Kalkdüngemitteln in jedem Wirtschaftsjahr (1. Juli bis 30. Juni), da es sich hierbei um die mengenmäßig bedeutendsten Pflanzennährstoffe handelt. Ausgelöst durch die Energiekrise war der Düngemittelmarkt in den Wirtschaftsjahren 1972/73 bis 1975/76 von enormen Preissteigerungen bei allen Düngemitteln - am stärksten bei Phosphat - gekennzeichnet. Auch wenn im abgelaufenen Wirtschaftsjahr eine gewisse Preisberuhigung eingetreten ist, sind dadurch die anstehenden Probleme sicher noch nicht beseitigt. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Betrachtung der Erzeugung, des Verbrauchs und der Verteilung der einzelnen Düngemittelsorten recht interessant.

Erzeugung

Wenn auch bei den einzelnen Düngersorten unterschiedlich, so übertraf in der Bundesrepublik Deutschland bisher - mit Ausnahme von 1975/76 - stets die Erzeugung den Verbrauch an Düngemitteln in der Landwirtschaft.

Während der größte Teil des Stickstoffs nach dem Syntheseverfahren der Luft entzogen wird, stellen die Phosphat- und Kali-Düngemittel aufbereitete Mineralien dar. Daneben fällt Thomasphosphat bei der Eisenverhüttung an.

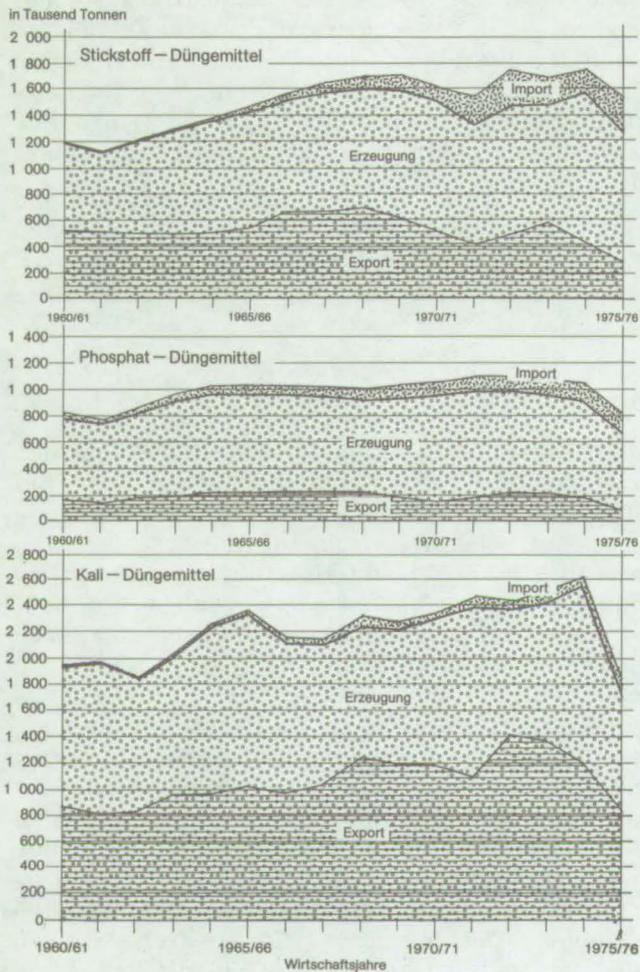
Dem stark zunehmenden Bedarf in der Landwirtschaft folgend nahm die Erzeugung der

drei bedeutendsten Düngemittel nach 1960 stark zu. Das Bild zeigt aber Unterschiede: Während die Stickstoffproduktion 1968/69 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte und in den Folgejahren wieder leicht absank, hielt bei der Phosphaterzeugung die Aufwärtsentwicklung bis 1972/73 und bei der Kalierzeugung sogar bis 1974/75 an. Im vergangenen Wirtschaftsjahr 1975/76 sind dagegen extreme Rückgänge bei allen drei Düngerarten zu beobachten. So wurden hier 20% weniger Stickstoff (N), 29% weniger Phosphat (P_2O_5) und 32% weniger Kali (K_2O) für die Landwirtschaft erzeugt als noch vor Jahresfrist. Maßgeblichen Einfluß dürfte hierbei die Preisentwicklung auf dem inländischen wie internationalen Markt ausgeübt haben, die einerseits die Exporte, insbesondere bei Stickstoff, stagnieren oder sogar sinken ließ und durch ausländische Billigangebote Importe verstärkt nach Deutschland zog. So konnte die deutsche Düngemittelindustrie 1975/76 48% weniger N, 66% weniger P_2O_5 und 41% weniger K_2O im Ausland absetzen als 1973/74, während die Importe im gleichen Zeitraum um 36%, 35% und 30% zunahmen. Waren die Einfuhren 1960/61 bei Stickstoff mit einem Anteil von knapp 1% an der Versorgung der Landwirtschaft nahezu bedeutungslos, so stieg dieser Anteil bis 1975/76 auf 25%. Bei Phosphat stieg der Importanteil im gleichen Zeitraum von 9% auf 23% und bei Kali von 1% auf 12%.

Im Wirtschaftsjahr 1975/76 wurden erstmals mehr Stickstoff- und Phosphatdüngemittel ein- als ausgeführt. Lediglich bei Kali ist noch ein nennenswerter Exportüberschuß geblieben.

Durch sinkende Ausfuhren, steigende Importe und zunehmenden Lagerabbau konnte trotz rückläufiger Erzeugung eine steigende Nachfrage der inländischen Landwirtschaft befriedigt werden. Während 1975/76 3% weniger

Erzeugung, Export und Import von Düngemitteln im Bundesgebiet



Stickstoff, 16% weniger Phosphat und 26% weniger Kali aus der laufenden Produktion (Eigenerzeugung abzüglich Export, zuzüglich Importe) zur Verfügung standen als im Vorjahr, wurden jedoch 2% mehr Stickstoff und lediglich 11% weniger P_2O_5 und 6% weniger K_2O tatsächlich an die Landwirtschaft ausgeliefert. Da kurzfristig durch weiteren Abbau von Lagerbeständen Ausgleiche möglich sind und andererseits die Preisentwicklung seit Anfang 1976 anscheinend zum Stillstand gekommen ist, kann für die kommenden Wirtschaftsjahre wieder mit einem gewissen Ansteigen der Produktion gerechnet werden, zumal die Produktionskapazitäten bei weitem nicht ausgelastet sind. Auch seitens der Landwirtschaft ist zur Sicherung und Steigerung der Ertragskraft der Böden weiterhin mit steigendem Düngemittelleinsatz zu rechnen.

Verbrauch in der Landwirtschaft

Die Tabelle gibt einen Überblick über die Düngemittellieferungen an die Landwirtschaft

Schleswig-Holsteins. Vor dem Krieg machte der Kalk hierbei noch den größten und der Stickstoff den niedrigsten Posten aus. Dieses Bild verschob sich jedoch nach 1945 schon recht bald ins Gegenteil. So wurde 1975/76 fast fünfmal soviel Stickstoff als in erster Linie ertragssteigerndes Element in der Pflanzenernährung an die Landwirtschaft geliefert wie 1938/39. Dagegen nahmen die Phosphat- und Kali-Lieferungen in diesem Zeitraum nur auf das Doppelte zu. Kalkdünger verlor bis 1960/61 stark an Bedeutung, wurde jedoch in den letzten fünf Jahren wieder vermehrt nachgefragt. Auch wenn ein Großteil der Düngemittel in nennenswertem Umfang basisch wirksamen Kalk als Nebenbestandteil enthält (z. B. Kalkstickstoff, Thomasphosphat) und so bereits ein Großteil des Kalkbedarfs durch die stark zunehmenden Ausbringungsmengen befriedigt werden konnte, ist wohl trotzdem vielfach die Kalkversorgung der Böden vernachlässigt worden. Wie die in letzter Zeit zunehmende Nachfrage zeigt, scheint dieser Fehler erkannt worden zu sein.

Handelsdüngertieferungen zum Verbrauch
in der Landwirtschaft
in 1 000 t Rein-Nährstoff

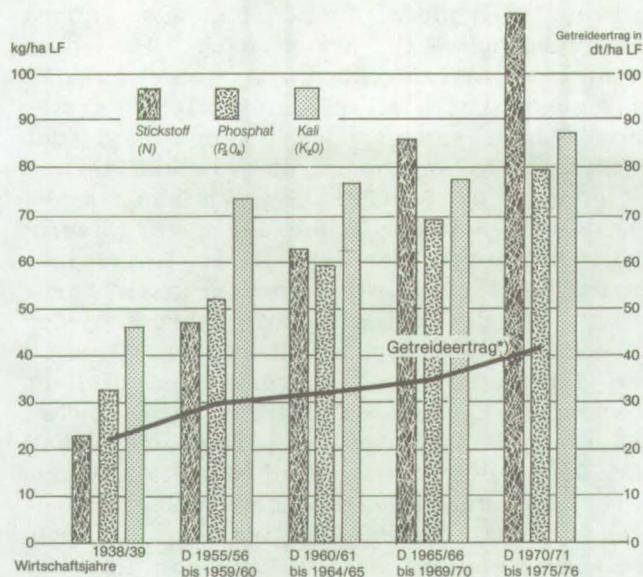
Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)	Phosphat (P_2O_5)	Kali (K_2O)	Kalk (Ca O)
1938/39 ^a	28,9	41,4	58,2	118,3
1950/51 ^a	32,1	45,0	69,3	77,5
1960/61 ^a	67,0	69,9	89,1	45,6
1970/71	122,5	92,2	102,0	64,7
1974/75	137,3	92,4	98,5	67,9
1975/76	136,9	81,4	98,6	87,1

a) einschließlich Hamburg

Auf der Grundlage der Lieferungen an die Landwirtschaft läßt sich der durchschnittliche Handelsdüngeraufwand je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche errechnen. Das Bild verdeutlicht seine Entwicklung (um jährliche Liefer schwankungen weitgehend auszuschalten, wurde für die Nachkriegsjahre jeweils der Durchschnitt von fünf Jahren errechnet). Hierbei fällt besonders die enorme Anhebung des gesamten Düngungsniveaus auf. Parallel hierzu verlief die Entwicklung der Getreideerträge. Sie lagen im Durchschnitt der Jahre 1971 bis 1976 mit 41,2 dt/ha fast doppelt so hoch wie 1939 (22,2 dt/ha).

Am stärksten wurde der Stickstoffdüngereinsatz ausgedehnt: Wurden 1938/39 durchschnittlich 23 kg Rein-N je ha ausgestreut, so waren es im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1970/71 bis 1975/76 113 kg - eine Steigerung auf das

Handelsdünger und Getreideertrag



*) ohne Körnermais

Fünffache. Im Ländervergleich liegt Schleswig-Holstein an der Spitze, sieht man von den Stadtstaaten ab, die einen hohen Anteil von intensiv betriebenen Gartenbaubetrieben haben.

Da in der Statistik nur der Handelsdüngerverbrauch erfaßt wird, sind bei den hektarbezogenen Werten die Aufwendungen in Form wirtschaftseigenen Düngers mit zu berücksichtigen. Verallgemeinernd läßt sich sagen, daß mit den organischen Wirtschaftsdüngern vornehmlich Kali und - allerdings in geringerem Maße - Stickstoff ausgebracht wird. Außer bei Schweinegülle ist Phosphat nur in geringem Umfang, bei Jauche fast überhaupt nicht enthalten. Unter Berücksichtigung des wirtschaftseigenen Düngers ergeben sich somit - insbesondere bei Kali - höhere Aufwandsmengen je ha LF als in der Grafik dargestellt. Viehhaltende Betriebe werden daher im Durchschnitt eher unter dem angegebenen Handelsdüngeraufwand liegen, während viehlos wirtschaftende zum Teil erheblich - insbesondere bei Kali, aber auch bei Stickstoff - darüber liegen dürften.

Ein Vergleich mit den übrigen Ländern zeigt, daß die Düngeraufwendungen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt lagen. So wurde nach dem Krieg im Mittel immer zwischen 22% und 30% mehr Stickstoff und zwischen 17% und 22% mehr Phosphat gestreut als im Bundesdurchschnitt. Dies dürfte mit den höheren Erträgen in unserem Land in Einklang stehen. So lagen die Getreideerträge in den in der Grafik dargestellten Zeiträumen jeweils

zwischen 1,4% und 7% über dem Bundesdurchschnitt. Dagegen bewegten sich die Kalidüngergaben der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft nicht auf eindeutig höherem Niveau. Dies mögen der etwas höhere Grünlandanteil an der LF, abweichende Anbauverhältnisse - z. B. geringerer Zuckerrübenanbau - oder auch andersartige Düngergewohnheiten - z. B. in der Marsch - erklären.

Betrachtet man die Düngerarten einzeln, so zeigt sich, daß besonders in den letzten 15 Jahren die Anteile der einzelnen Sorten sich teilweise erheblich verändert haben.

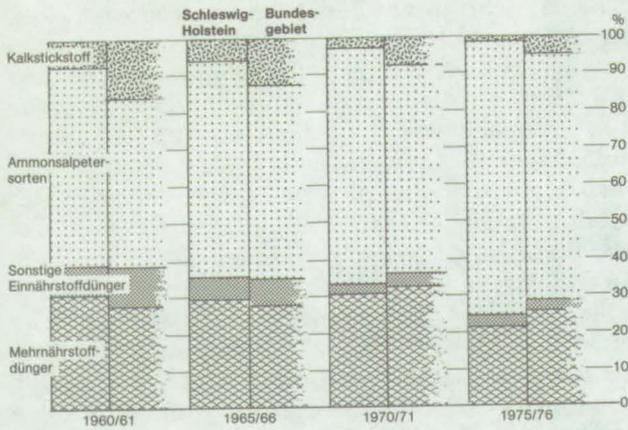
Stickstoff

Das Säulendiagramm zeigt die Verteilung der unterschiedlichen Handelsdüngersorten bei Stickstoff. Auffallend ist der starke Rückgang des Kalkstickstoffs (bezogen auf Rein-N) sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesgebiet. Gegensätzlich verlief die Entwicklung bei den Ammonsalpetersorten, deren Hauptvertreter Kalkammonsalpeter ist. Wenn auch ein höherer Preis für Kalkstickstoff gerechtfertigt erscheint, da durch Umwandlung im Boden gleichzeitig eine Herbizidwirkung eintritt, so minderten doch die überdurchschnittlichen Preissteigerungsraten seine Wettbewerbsfähigkeit insbesondere gegenüber Kalkammonsalpeter. Während das allgemeine Preisniveau für Stickstoff-Düngemittel nämlich zwischen 1961/62 und 1970/71 fiel, stiegen die Preise für Kalkstickstoff in diesem Zeitraum allein um 18%. Lag der Preis 1960/61 für 1 kg Rein-N dieser Sorte noch um 19% über dem des Kalkammonsalpeters, so vergrößerte sich der Abstand auf 66% im Jahre 1975/76. Dieser hohe Preis wiegt offenbar die anderen Vorteile nicht mehr auf.

Trotz günstiger Preise und arbeitswirtschaftlicher Vorteile durch einen hohen Stickstoffanteil scheinen sich die Harnstoffdünger, in der Gruppe "sonstige Stickstoffdünger" zusammengefaßt, nicht durchgesetzt zu haben. Der Anteil dieser Gruppe an den Gesamtlieferungen sank von noch 8,0% im Wirtschaftsjahr 1960/61 auf 3,1% 1975/76. Auch der Anteil der Mehrnährstoffdünger hat in den letzten fünf Jahren in Schleswig-Holstein abgenommen. Lag der Anteil an den Gesamtlieferungen von 1960/61 bis 1970/71 konstant zwischen 29% und 31%, so schrumpfte er in der Folgezeit auf 21% im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Mit zunehmendem Düngeraufwand nehmen die arbeitswirtschaftlichen Vorteile der NPK- und NP-Dünger ab, da die Stickstoffgaben geteilt werden müssen. Aus diesen Gründen erscheint es nicht verwunderlich, daß sich der Anteil der Ammonsalpetersorten in Schleswig-

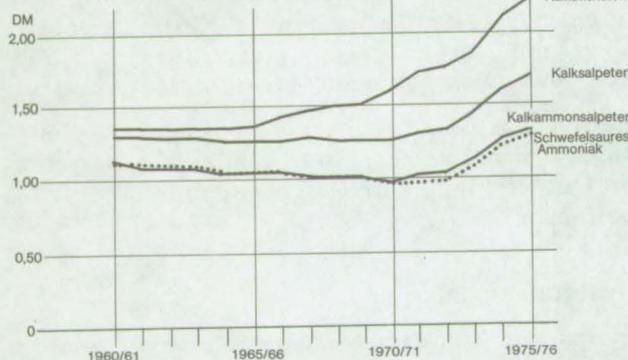
Stickstoff

Mengenanteile der Sortengruppen



Preise* ausgewählter Sorten

in DM je kg Rein-Nährstoff



* Jahresdurchschnittspreise (inkl. MwSt); Bezug in loser Schüttung und vollen Wagenladungen frachtfrei Empfangsstation

Holstein von 54% im Wirtschaftsjahr 1960/61 auf 74% 1975/76 erhöhte.

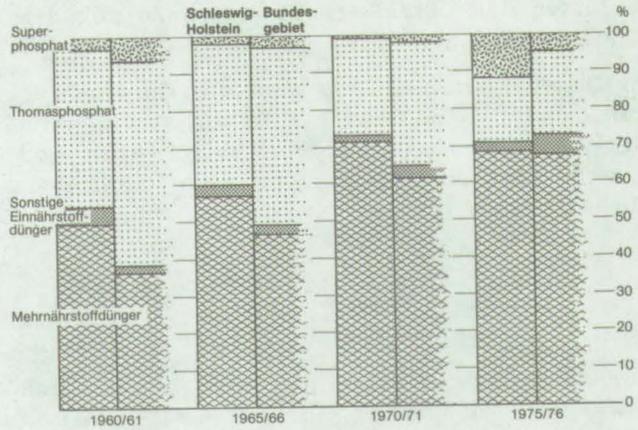
Im Bundesdurchschnitt ist zwar die gleiche Tendenz auf dem Stickstoffdüngemarkt zu beobachten wie im nördlichsten Bundesland, jedoch scheint die Entwicklung mit einer zeitlichen Verzögerung von fünf bis zehn Jahren einzutreten.

Phosphat

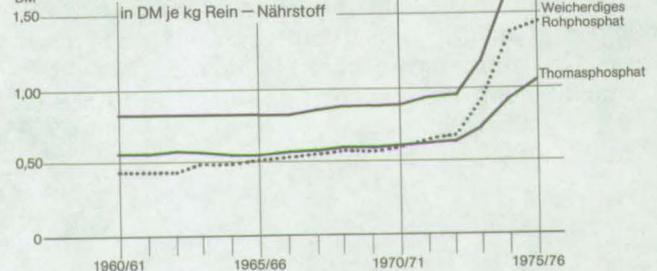
Neben enormen Preissteigerungsraten in den Jahren 1973 bis 1975 war der Phosphatdüngemarkt der letzten 15 Jahre gekennzeichnet von einer stetigen Abnahme des Thomasphosphatanteils, obwohl der Preisvorteil in diesem Zeitraum sogar noch zugenommen hat - der Preis für 1 kg Rein- P_2O_5 Thomasphosphat lag 1960/61 um 33% und 1975/76 um 39% unter dem des Superphosphats. Als Nebenprodukt bestimmter - rückläufiger - Verfahren der Stahlerzeugung ist Thomasphosphat in den letzten Jahren knapper geworden. Zudem wurde ein überdurchschnitt-

Phosphat

Mengenanteile der Sortengruppen



Preise* ausgewählter Sorten



* Jahresdurchschnittspreise (inkl. MwSt); Bezug in loser Schüttung und vollen Wagenladungen unter Berücksichtigung gewisser Durchschnittsrachten ab Paritätsstation.

lich hoher Anteil in den industrienahen Regionen - Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen - abgesetzt, so daß marktferne Länder wie Schleswig-Holstein benachteiligt waren.

Zwar sind beim Superphosphat für die schnelle Pflanzenverfügbarkeit gewisse Preiszuschläge hinzunehmen, doch unterlag diese Düngerform in den letzten Jahren stärkeren Preissteigerungsraten als andere. Daß dennoch insbesondere im vergangenen Wirtschaftsjahr wieder bedeutende Mengen - 12,0% des Gesamtabsatzes gegenüber 0,7% im Jahre 1970/71 - an die schleswig-holsteinische Landwirtschaft geliefert wurden, dürfte an der großen Nachfrage nach "Triple-Phosphat" (in der Statistik dem Superphosphat zugeordnet) liegen, das durch die Seehafenähe hier besonders preisgünstig angeboten worden ist. Auch der Roh- und Glühphosphatanteil nahm wieder leicht zu.

Zunehmende Bedeutung erlangten in den vergangenen 15 Jahren die Mehrnährstoffdünger - insbesondere in Verbindung mit Kali -, die im Wirtschaftsjahr 1970/71 mit einem Anteil von 72% am Gesamtphosphatabsatz einen vorläufigen Höhepunkt in Schleswig-Holstein erreichten. Seitdem ist ein

leichter Rückgang zu beobachten. Die neuerliche Tendenz, die Phosphat-Grunddüngung vom Herbst vermehrt in das Frühjahr zu verlegen, läßt eine erneute Bevorzugung der Einnährstoffdünger erwarten.

Im Bundesgebiet vollzog sich die Entwicklung ähnlich wie in Schleswig-Holstein, auch wenn die Veränderungen weniger kraß waren und zum Teil mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eintraten.

Kali

Auch der Kali-Markt hat sich beträchtlich gewandelt. So waren in Schleswig-Holstein die Wirtschaftsjahre 1960/61 bis 1970/71 von einer ständigen Zunahme der Mehrnährstoffdünger geprägt. Der Hauptgrund dürfte auch hier in der Arbeitszeitersparnis bei der Grunddüngung zu suchen sein. Die Anteile

von 40er und 50er Kali gingen in diesem Zeitraum in etwa dem gleichen Verhältnis zurück. Nach dem Höhepunkt des Jahres 1970/71, wo der Mehrnährstoffdünger 72% der Gesamtlieferungen erreichte, reduzierten sich jedoch seine Anteile kontinuierlich auf 59% im abgelaufenen Wirtschaftsjahr. Für diese Verschiebung zugunsten der Einnährstoffdünger - insbesondere des 40er Kali, wozu auch das magnesiumhaltige "Korn-Kali" gezählt wird - sind neben den bereits bei den Phosphatdüngern erwähnten Gründen auch die relativ geringen Preissteigerungsraten der reinen Kalidünger verantwortlich. Der starke Rückgang der 50er-Kali-Lieferungen dürfte trotz arbeitswirtschaftlicher Vorteile mit den geringeren Nebenbestandteilen - insbesondere gegenüber "Korn-Kali" - in Verbindung zu bringen sein.

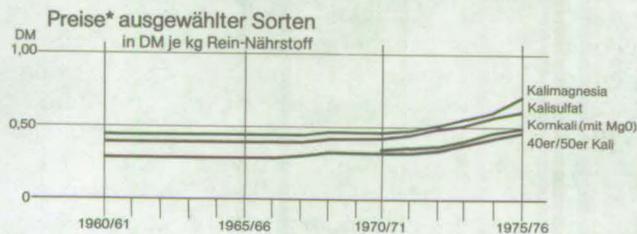
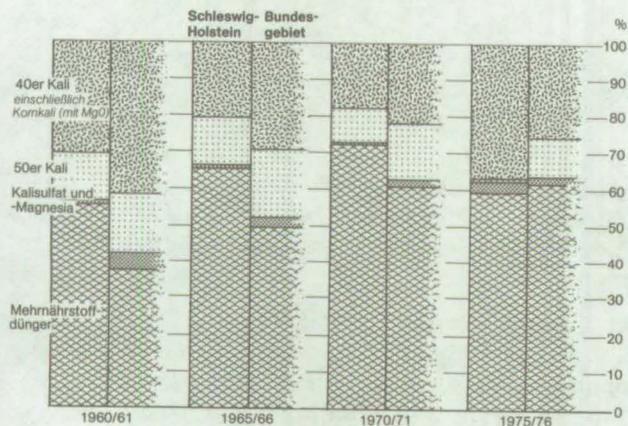
Die restlichen Düngerformen - im wesentlichen die chloridfreien Kalisulfat und Kalimagnesia - haben die ihrem begrenzten Einsatzbereich entsprechenden geringen Marktanteile gehalten.

Ähnlich wie bei den Stickstoff- und Phosphatdüngern scheint auch hier Schleswig-Holstein der Entwicklung im Bundesgebiet vorauszuweichen.

D - 4853

Kali

Mengenanteile der Sortengruppen



* Jahresdurchschnittspreise (inkl. MwSt.); Bezug in loser Schüttung und vollen Wagenladungen frachtfrei Empfangsstation

Zusammenfassung

Die starken Marktungleichgewichte der letzten Jahre bei den Düngemitteln dürften sich sowohl für die erzeugende Industrie als auch für den verbrauchenden Landwirt nachteilig ausgewirkt haben: Reagierten die Hersteller mit einer beträchtlichen Drosselung der Produktion - bei rückläufigem Export und steigenden Importen -, so sahen sich die Landwirte enormen Preissteigerungen ausgesetzt, die bei Phosphat besonders hoch ausfielen. Um das Ertragsniveau, das bisher ständig gestiegen ist, zu halten oder noch auszubauen, nahmen die Ausbringungsmengen trotz dieser Marktentwicklung weiter zu. Dabei paßten sich die Endverbraucher in der Wahl der einzelnen Düngersorten an veränderte Preisrelationen an. In der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft trat diese Reaktion scheinbar um einige Jahre früher ein als im übrigen Bundesgebiet.

Ernst-Wilhelm Rabius

Methodische Aspekte der monatlichen Berichterstattung im Bauhauptgewerbe

Die im Vorjahr aufgetretene Diskrepanz zwischen den vorläufigen und den endgültigen Werten der monatlichen Bauberichterstattung gibt Anlaß, deren Verflechtung mit der jährlich stattfindenden Totalerhebung im Bauhauptgewerbe näher zu durchleuchten: Die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten sind monatlich meldepflichtig. Maßgeblich für die Heranziehung ist die Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, die ausnahmslos alle Betriebe mit ihren Juniwerten erfaßt. Diejenigen Betriebe, die am Totalerhebungsstichtag 20 oder mehr Beschäftigte hatten, werden dann - sofern sie nicht auch schon vorher meldepflichtig waren - erstmals für den Oktober zur monatlichen Berichterstattung herangezogen und bleiben mindestens bis zum nächsten September im Berichtskreis, selbst wenn ihre Beschäftigtenzahl unter 20 sinken sollte. Die Feststellung der Beschäftigtenzahl in der Totalerhebung kann ebenso zur Entlassung aus der Berichtspflicht führen: Sofern zum 30. Juni der Personalstand unter 20 lag, ist letztmalig für den September ein Monatsbericht zu liefern. Die Zeit zwischen Totalerhebungsmonat Juni und der Aktualisierung des Berichtskreises zum Oktober ist für den Rücklauf der Erhebungsbogen und die Bearbeitung und Auswertung erforderlich.

Man unterstellt, daß die in der Totalerhebung für Juni ermittelten Relationen für "gesamtes Bauhauptgewerbe: Monatsmelder" auch für die davor liegenden Monate März bis Mai sowie für die Folgemonate bis zum Februar nächsten Jahres Gültigkeit haben. Der Quotient aus der Juni-Summe der Merkmalswerte aller in der Totalerhebung erfaßten Betriebe und der entsprechenden Summe der Monatsmelder wird deshalb als Faktor genommen, um die Werte aus den Monatsberichten auf das zu veröffentlichende Ergebnis für das gesamte Bauhauptgewerbe in den übrigen Monaten hochzurechnen, in denen die Juni-Relation im Sinne der oben gemachten Annahme Gültigkeit hat. Dieser Faktor wird - abgesehen vom Auftragsengang, der ohne Hochrechnung veröffentlicht wird - für jedes Teil-Merkmal gebildet. Die "Insgesamt"-Zahlen der Beschäftigten, geleisteten Arbeitsstunden, Umsätze, Löhne und Gehälter ergeben sich aus der Summe ihrer bereits hochgerechneten "Davon"-Positionen.

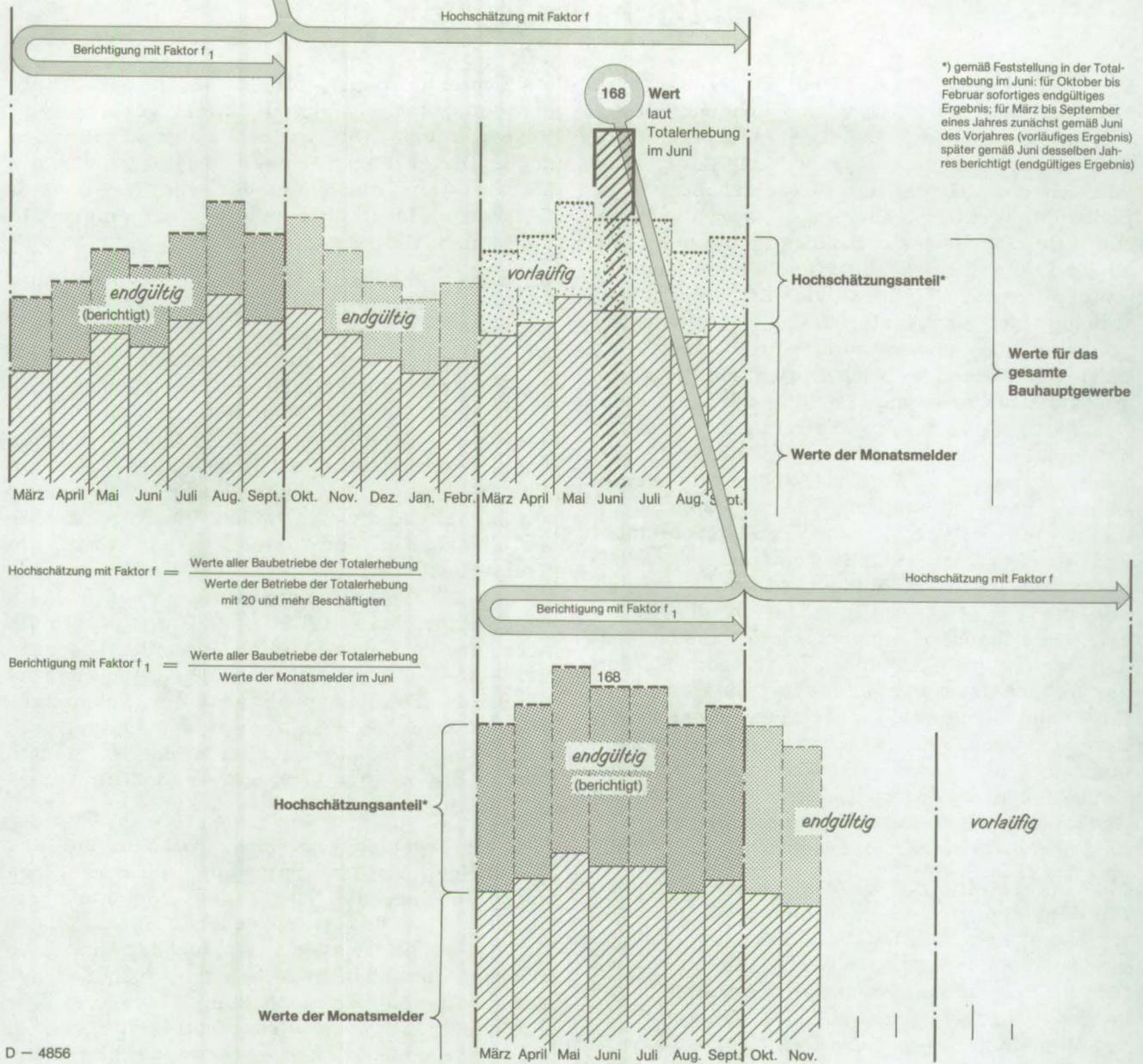
Aus dem Umstand, daß die mit einiger Berechtigung angenommene Konstanz der Juni-Relation von März bis zum folgenden Februar, die Berichtskreisperiode aber von Oktober

bis September gilt, folgt, daß in der Totalerhebung pro Merkmal zwei verschiedene Faktoren ermittelt werden müssen: für den noch gültigen Berichtskreis denjenigen für die Monate März bis September und für den ab Oktober meldepflichtigen Kreis denjenigen für die Monate Oktober bis Februar.

Für die Statistischen Berichte der Monate März bis September stellt sich also das Problem, daß die anzusetzenden Hochrechnungsfaktoren erst nach Auswertung der in diesen Zeitraum fallenden Totalerhebung zur Verfügung stehen. Man behilft sich damit, daß man den bis Februar geltenden und der vorjährigen Juni-Relation entsprechenden Faktor bis zum Septemberbericht weiter verwendet und die Ergebnisse für diese Monate als "vorläufig" deklariert. Wenn dann die Totalerhebungsergebnisse vorliegen, kann der "richtige" Faktor ermittelt werden. Im Oktoberbericht - 1976 wegen der erstmals nach neuem Konzept (siehe unten) und wegen der Umstellung mit Verzögerungen durchgeführten Totalerhebung erst im Novemberbericht - werden dann die mit dem aktuelleren Faktor neu hochgerechneten Werte der Monate März bis September als "endgültig" veröffentlicht.

Ein Unterschied zwischen vorläufigen und endgültigen Zahlen tritt also in dem Maße auf, wie sich die Werte der Berichtskreisbetriebe für das entsprechende Merkmal in ihrem Verhältnis zu den Werten des gesamten Bauhauptgewerbes zwischen der früheren und der späteren Totalerhebung ändern. Eine konjunkturelle oder strukturelle Entwicklung, die das gesamte Bauhauptgewerbe und dabei die verschiedenen Betriebsgrößengruppen entsprechend ihrer Gewichtung gleichmäßig betrifft, würde sich auf die Faktoren nicht auswirken. Wenn allerdings diese Gleichmäßigkeit nicht gegeben ist, führt die Änderung der Relationen zu einer Abweichung zwischen vorläufigen und endgültigen Werten. Dabei ist dann zu berücksichtigen, daß der Faktor, mit dem die endgültigen Werte errechnet werden, zwar aktuell ist, aber als Juni-Wert auch für die anderen Monate von März bis September verwendet wird. Bei einer sich über die gesamte Bausaison erstreckenden kontinuierlichen Verminderung (Verstärkung) der Aktivitäten der Monatsmelder im Verhältnis zu denen der kleineren Betriebe werden also die endgültigen Werte von März bis Mai etwas zu hoch (zu gering) und von Juli bis September etwas zu gering

Zusammenwirken von monatlicher und jährlicher Berichterstattung im Bauhauptgewerbe



D - 4856

(zu hoch) ausgewiesen, jeweils aber in vernachlässigbarem Umfang.

Anhand der vorliegenden Gewerbeanmeldungen und sonstigen Informationen werden laufend diejenigen bauhauptgewerblichen Betriebe ermittelt, die die Voraussetzung der monatlichen Berichtspflicht erfüllen. Diese Betriebe werden dann zur monatlichen Berichterstattung herangezogen, ihre Werte gehen also mit in die hochzurechnenden Summen ein. Man unterstellt bei dieser außerhalb des jährlichen Termins liegenden Berichtskreisergänzung ebenso wie bei den Antwortausfällen der erloschenen Betriebe, daß die sich als Saldo

ergebende Veränderung der monatlich eingehenden Werte die diesbezügliche Entwicklung im gesamten Bauhauptgewerbe analog wiedergibt.

In den Jahren bis 1975 gab es keine nennenswerten Differenzen zwischen vorläufigen und endgültigen Ergebnissen. Das im Bild als Beispiel dargestellte Hochrechnungsdefizit wäre bei Maßstabstreue nicht erkennbar. 1976 war zur Totalerhebung allerdings festzustellen, daß die kleineren Betriebe von der nach wie vor anhaltenden Krisensituation im Bauhauptgewerbe weniger stark getroffen wurden als die größeren und die Aktivitäten

sich zu diesen Betrieben hin verlagert haben. Das Verhältnis von Merkmalsgesamtwerten der kleineren zu denen der größeren Betriebe hat sich also verschoben. Die Folge war, daß in den Statistischen Berichten bis einschließlich Oktober nach den vorläufigen Zahlen beispielsweise bei den Beschäftigten (Monatsdurchschnitt ab Januar) ein Rückgang gegenüber 1975 von 1% gemeldet wurde, der

sich im November unter Zugrundelegung der endgültigen Werte in ein Plus von 2% wandelte.

Die folgende Übersicht zeigt die 1976 tatsächlich aufgetretenen Unterschiede zwischen vorläufigen und endgültigen, jeweils für das gesamte Bauhauptgewerbe in Schleswig-Holstein geltenden Ergebnisse der Hauptmerkmale:

Merkmal	März bis September 1976				Abweichung der vorläufigen von den endgültigen Werten in %
	Hochrechnungsfaktoren		Monatsdurchschnitt		
	vorläufig	endgültig	vorläufig	endgültig	
Beschäftigte	1,31593	1,37418	50 691	52 934	- 4
Geleistete Arbeitsstunden (in 1 000)	1,32081	1,36549	6 925	7 177	- 4
Umsatz (netto, 1 000 DM)	1,29043	1,50943	233 602	271 908	- 14
Löhne (1 000 DM)	1,25520	1,29822	92 173	95 332	- 3
Gehälter (1 000 DM)	1,10588	1,14303	12 180	12 590	- 3

Die aufgeführten Faktoren sind, da es sich um "Insgesamt"-Werte handelt (siehe oben), nur für diese Tabelle errechnet, um auch zu zeigen, daß die etwa 700 Betriebe, die monatlich meldepflichtig sind, einen so hohen Anteil an den bauhauptgewerblichen Aktivitäten der ganzen Branche haben, daß die Aufschätzung der Werte der übrigen etwa 1 900 Betriebe hinsichtlich der Genauigkeit des Gesamtergebnisses vertretbar ist. Da man nicht monatlich eine Totalerhebung durchführen kann, bestünde eine Alternative zur praktizierten Methode ohnehin lediglich darin, auf die Hochschätzung zu verzichten und nur die Zahlen der Monatsmelder zu veröffentlichen. Rein rechnerisch ergäben sich dabei aber wegen der Konstanz der Faktoren von Monat zu Monat dieselben Veränderungsrate, sofern man vom Faktorwechsel und den in jedem Fall nötigen Berichtskreisprung im Oktober absieht. Man könnte bei Beschränkung des Ergebnisses auf die Monatsmelder zwar auf die Herausgabe vorläufiger Zahlen verzichten, würde aber damit auch eine augenfällige Aussage über den Strukturwandel preisgeben, der letztlich für eine Diskrepanz zwischen vorläufigen und endgültigen Zahlen verantwortlich ist.

Für die erörterte Problematik sind einige Umstände der Erhebungsumstellung 1977 ohne Belang:

- im Zuge der Umstellung und Erweiterung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe wurde ab Januar 1977 eine neue wirtschaftssystematische Gliederung eingeführt und in Verbindung damit der als Bauhauptgewerbe geltende Berichtskreis unter anderem um den Fertigteilbau und das bisherige Bauhilfsgewerbe (Gerüstbau, Fassadenreinigung, Gebäudetrocknung) erweitert,
- wegen der Umstellung zum Januar 1977 war der normalerweise nur bis September 1976 geltende Berichtskreis noch bis zum Jahresende meldepflichtig, und der Berichtskreiswechsel wurde erst mit dem Monat Januar 1977 vollzogen,
- die Berichtspflicht ist ab 1977 nicht mehr an die Beschäftigtenzahl des Betriebes, sondern an die des Unternehmens geknüpft, so daß jetzt auch Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen monatlich meldepflichtig sein können, wenn der Betrieb allein weniger als 20 Personen beschäftigt.

Bernd Struck

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.
p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.
Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Verwaltungseinteilung

Gemäß seinen kommunalen Verfassungen nach dem Kriege (Kreisordnung 1950, Gemeindeordnung 1950, Amtsordnung 1947 und ihren Änderungen) ist Schleswig-Holstein in Kreise und Gemeinden eingeteilt. Diese beiden unteren Stufen der Verwaltung gibt es in Schleswig-Holstein im Prinzip bereits seit 1867 (als Schleswig-Holstein preußisch wurde), wenn auch zunächst mit anderen gesetzlichen Grundlagen und teilweise anderen Formen. Eine Mittelinstanz (Regierungsbezirke u. ä.), wie in großen Bundesländern, ist nicht vorhanden. Als besondere Organisationsform, vor allem für die kleineren ländlichen Gemeinden, kennt Schleswig-Holstein jedoch die Einrichtung des Amtes. Die Ämter sind Verwaltungsgemeinschaften von Gemeinden mit hauptamtlichen Fachkräften. Ihr Zweck und Ziel ist es, eine größere Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu gewährleisten. Das Amt ist keine allgemeine Zwischeninstanz zwischen Kreis und Gemeinde; ihm fehlt die direkt gewählte politische Vertretung und die Steuerhoheit. Das Amt führt nach den Beschlüssen der Gemeinde die Selbstverwaltungsangelegenheiten der amtsangehörigen Gemeinden durch. Das Stadtrecht erhalten nur solche Gemeinden, die bestimmte strukturelle Voraussetzungen dafür erfüllen. Es gibt Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, die keine Stadt sind. Schleswig-Holsteins kleinste Stadt (Aarnis) hatte 1975 nur rd. 500 Einwohner.

Die in den letzten 10 Jahren viel genannte Gebiets- und Verwaltungsreform im Bundesgebiet vollzieht sich in Schleswig-Holstein – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – behutsam und stetig, ohne eigentlichen Beginn oder ein Ende. Zwei markantere Einschnitte auf dem Wege des ständigen Bemühens um eine Straffung der Verwaltung sind deutlich zu registrieren: vor den Kommunalwahlen

1970 und 1974*. Der bedeutendere von beiden war der von 1970, der alle 3 Ebenen (Kreise, Ämter und Gemeinden) erfaßte. Die Auflösung des Kreises Flensburg-Land im Jahre 1974 war schon 1969 gesetzlich festgelegt. Die Verminderung der Zahl der Gemeinden 1974 ist ein sichtbarer Ausdruck der Bestrebungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung, vernünftige Gemeindegrößen auch bei den amtsangehörigen Gemeinden zu erreichen (siehe Leitlinien der Gebiets- und Verwaltungsstruktur vom 10. 7. 1973; ABI. S. 576). Hier stehen allerdings noch manche Wünsche offen, auch wenn man die Zwangsläufigkeit einiger Kleingemeinden (und kleiner Ämter) wegen der besonderen geographischen Gegebenheiten berücksichtigt. Die kleinere, im Jahre 1951 festzustellende entgegengesetzte Tendenz ist mehr als ein Protest auf Gemeindezusammenlegungen zu werten, die autoritär zwischen 1935 und 1939 durchgeführt worden waren.

Eine Betrachtung der Entwicklung der Ämter- und Gemeindegrößen unterstreicht den bisherigen Erfolg der Verwaltungsreform auf kommunaler Ebene, da ein Verwaltungsbezirk heute erst von einer bestimmten Größe an den Anforderungen an eine leistungsfähige, moderne Verwaltung gewachsen ist. Dabei fällt der Stand 1950 wegen der anomalen Überfüllung fast aller Gemeinden mit Flüchtlingen aus dem Rahmen. Einen geeigneteren Ausgangspunkt für die Beurteilung der Nachkriegsentwicklung in dieser Hinsicht stellt der Stand 1956 dar, an dem die große Abwanderung aus Schleswig-Holstein abgeschlossen war. Den in den Tabellen 2 und 3 wiedergegebenen Angaben bis einschließlich 1970 liegen die Ergebnisse der Großzählungen der Bevölkerung zugrunde; die Zahlen von Ende 1975 sind Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

*) Gesetzliche Grundlage waren insbesondere die vier Gebietsneuordnungsgesetze vom 22.4.1969, 23.12.1969, 3.7.1973 und 15.11.1973 (GVBl. 1969, Seiten 60 und 280; 1973, Seiten 268 und 384)

1. Zahl der kommunalen Gebietskörperschaften

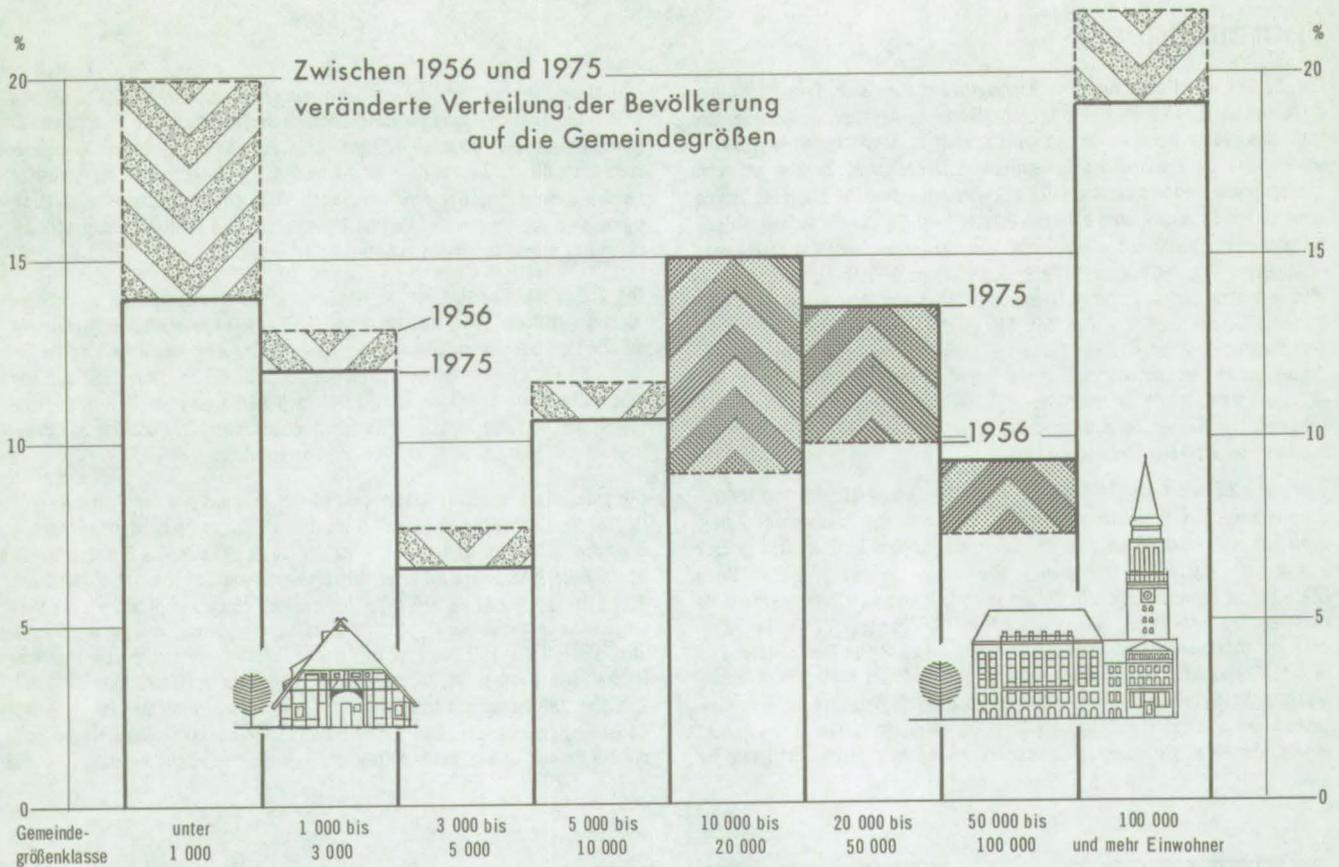
Stand	Kreise		Gemeinden								
	kreisfreie Städte	(Land-) Kreise	Gemeinden insgesamt	außerdem: gemeindefreie Gebiete (Forstgutsbezirke)	von den Gemeinden						
					gehörten einem Amt an		waren amtsfrei (ohne Städte)	waren Städte			
					Anzahl ¹⁾	in Ämtern		zusammen	darunter amtsangehörig	kreisfrei	zusammen
17. 5.1939 ²⁾	4	17	1 379	3	.	.	.	45	.	4	49
29.10.1946 ³⁾	4	17	1 371	3	.	.	.	45	.	4	49
13. 9.1950 ³⁾	4	17	1 370	3 ^{a)}	1 262	224	60	47	-	4	51
31.12.1951 ³⁾	4	17	1 391	2	1 282	224	60	47	-	4	51
31.12.1952	4	17	1 393	2	1 282	224	61	48	-	4	52
31.12.1953	4	17	1 394	2	1 280	222	63	49	-	4	53
31.12.1954	4	17	1 395	2	1 279	222	65	49	-	4	53
31.12.1955	4	17	1 396	2	1 279	222	66	49	-	4	53
25. 9.1956	4	17	1 397	2	1 280	221	66	49	-	4	53
31.12.1957	4	17	1 398	2	1 280	221	67	49	-	4	53
31.12.1958	4	17	1 398	2	1 281	221	66	49	-	4	53
31.12.1959	4	17	1 394	2	1 277	220	66	49	-	4	53
31.12.1960	4	17	1 393	2	1 277	220	64	50	-	4	54
6. 6.1961	4	17	1 393	2	1 277	220	64	50	-	4	54
31.12.1962	4	17	1 391	2	1 274	219	65	50	-	4	54
31.12.1963	4	17	1 390	2	1 272	218	66	50	-	4	54
31.12.1964	4	17	1 389	2	1 270	216	67	50	-	4	54
31.12.1965	4	17	1 387	2	1 266	216	69	50	-	4	54
31.12.1966	4	17	1 379	2	1 257	212	70	50	-	4	54
31.12.1967	4	17	1 378	2	1 255	206	70	51	-	4	55
31.12.1968	4	17	1 376	2	1 254	199	69	51	-	4	55
31.12.1969	4	17	1 363	2	1 241	196	70	51	1	4	55
27. 5.1970	4	12	1 270	2	1 162	137	55	53	2	4	57
31.12.1971	4	12	1 261	2	1 156	127	53	53	3	4	57
31.12.1972	4	12	1 256	2	1 153	125	50	54	3	4	58
31.12.1973	4	12	1 256	2	1 153	125	49	55	3	4	59
31.12.1974	4	11	1 173	2	1 073	122	45	56	3	4	60
31.12.1975	4	11	1 166	2	1 066	122	45	56	3	4	60
31.12.1976	4	11	1 157	2	1 057	122	45	56	3	4	60

1) einschließlich gemeindefreier Gebiete (Forstgutsbezirke) und amtsangehöriger Städte

2) Gebiet seit 1946 (d. h. der Gebietsaustausch mit Mecklenburg am 27.11.1945 im Kreis Hgzt. Lauenburg ist berücksichtigt)

3) ohne die Gemeinde Helgoland, die nach dem Kriege auf Befehl der Besatzungsmacht geräumt werden mußte und erst am 1. 3. 1952 wieder in deutsche Verwaltung übergang

a) Auflösung des bewohnten Restforstgutsbezirks Rantzau am 1. 6. 1951 anlässlich der Neubildung der Gemeinde Heidmoor. Bei den beiden übrigen gemeindefreien Gebieten handelt es sich um die Forstgutsbezirke Buchholz (Kreis Segeberg) und Sachsenwald (Kreis Hgzt. Lauenburg), deren bewohnte Plätze verwaltungsmäßig anliegenden Gemeinden eingegliedert sind



D - 4902

2. Die Gemeinden nach ihrer Größe 1950 - 1975

Stand ¹⁾	Gemeinden insgesamt	davon mit ... Einwohnern								
		unter 500	500 bis unter 1 000	1 000 bis unter 3 000	3 000 bis unter 5 000	5 000 bis unter 10 000	10 000 bis unter 20 000	20 000 bis unter 50 000	50 000 bis unter 100 000	100 000 und mehr
Anzahl der Gemeinden										
13. 9. 1950	1 371 ^a	506 ^a	430	321	39	46	16	9	1	3
25. 9. 1956	1 397	768	331	192	44	36	14	8	2	2
6. 6. 1961	1 393	794	310	177	47	35	17	9	2	2
27. 5. 1970	1 270	656	309	182	49	38	20	11	3	2
31. 12. 1975	1 166	538	307	193	43	39	29	12	3	2
in %										
13. 9. 1950	100	36,9	31,4	23,4	2,8	3,4	1,2	0,7	0,1	0,2
25. 9. 1956	100	55,0	23,7	13,7	3,2	2,6	1,0	0,6	0,1	0,1
6. 6. 1961	100	57,0	22,3	12,7	3,4	2,5	1,2	0,7	0,1	0,1
27. 5. 1970	100	51,7	24,3	14,3	3,9	3,0	1,6	0,9	0,2	0,2
31. 12. 1975	100	46,1	26,3	16,6	3,7	3,3	2,5	1,0	0,3	0,2

1) Der Vergleich mit einem Vorkriegsstand (1939) ist gestört, weil damals die ihrer Dienstpflicht genügenden Soldaten und Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes der Wohnbevölkerung ihrer Garnisongemeinde zugerechnet wurden
a) einschließlich des bewohnten Restforstgutsbezirks Rantzau, der 1951 aufgelöst wurde

3. Die Ämter nach ihrer Größe 1956 - 1975

Stand	Ämter insgesamt	davon mit ... Einwohnern									
		unter 3 000	3 000 bis unter 5 000	5 000 bis unter 7 000	7 000 bis unter 10 000	10 000 und mehr	unter 3 000	3 000 bis unter 5 000	5 000 bis unter 7 000	7 000 bis unter 10 000	10 000 und mehr
Anzahl											
25. 9. 1956	221	104	81	27	8	1	47,1	36,7	12,2	3,6	0,5
6. 6. 1961	220	111	76	23	9	1	50,5	34,5	10,5	4,1	0,5
27. 5. 1970	137	16	42	40	36	3	11,7	30,7	29,2	26,3	2,2
31. 12. 1975	122	6	20	49	42	5	4,9	16,4	40,2	34,4	4,1
in %											

Spareinlagen

Für die Zeit unmittelbar nach der Währungsreform vom 20. 6. 1948 liegen über die Entwicklung der Spareinlagen nur unvollkommene Angaben vor. Insbesondere fehlt eine genaue Kenntnis der Art der Gutschriften. Dennoch darf angenommen werden, daß die Zunahme des Spareinlagenbestandes zunächst kaum auf echte Sparleistungen, sondern hauptsächlich auf währungstechnische Einflüsse zurückzuführen ist. So dürften etwa bis 1954 Gutschriften, die aus der Geldumstellung, aufgehobenen Sperrkonten, Ausgleichsforderungen oder aus Entschädigungen resultierten, eine bedeutende Rolle gespielt haben. Erst im Laufe des Jahres 1956 erreichte das Sparvolumen wieder den Stand vom Anfang des Vorkriegsjahres 1939, der auf 610 – 620 Mill. RM geschätzt wird. Diese Schätzung ist eine Hochrechnung aufgrund des bekannten Einlagenbestandes nur bei den Sparkassen, der um den Erfahrungssatz von 50 % erhöht wurde, um das Landesergebnis für alle Kreditinstitute zu ermitteln. Je Einwohner war die Sparkraft der Vorkriegszeit zu diesem Zeitpunkt noch nicht erreicht, da die Bevölkerungszahl um etwa zwei Fünftel größer war als 1939.

Von der Mitte der fünfziger Jahre an waren die Spargutschriften von anderen Zuschreibungen im wesentlichen bereinigt. Läßt man die Zugänge aus Zinsen außer Betracht, so erfuhr der jährliche Saldo aus Gut- und Lastschriften ab 1957 – von drei Einschnitten abgesehen – eine stetige Steigerung, die mit einem Überschuß in Höhe von 584 Mill. DM im Jahre 1975 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die Entwicklung war in den Jahren 1960/61, 1969/70 und besonders 1973 von Abschwungphasen zunehmender Stärke unterbrochen. Die Schwankungen in der Sparneigung sind zumindest mittelbar die Folge der konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft. Sie sind durch die zunehmende Wandlung der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte seit Mitte der sechziger Jahre noch verstärkt worden: der Anteil der unbedingt lebensnotwendigen Ausgaben hat im Laufe der

Berichtszeit ständig abgenommen. Damit wurden die privaten Haushalte in ihren Verbrauchsgewohnheiten immer flexibler und haben einen viel größeren Spielraum gewonnen, um die Sparentscheidungen ihren Erwartungen entsprechend zu verändern, als dies in den fünfziger Jahren der Fall war. Insbesondere das Verhalten der Sparer bei der letzten Abschwungphase 1973 und dem anschließenden Boom wirkte sich auf den privaten Verbrauch derart aus, daß die Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand zunehmend in Schwierigkeiten geriet.

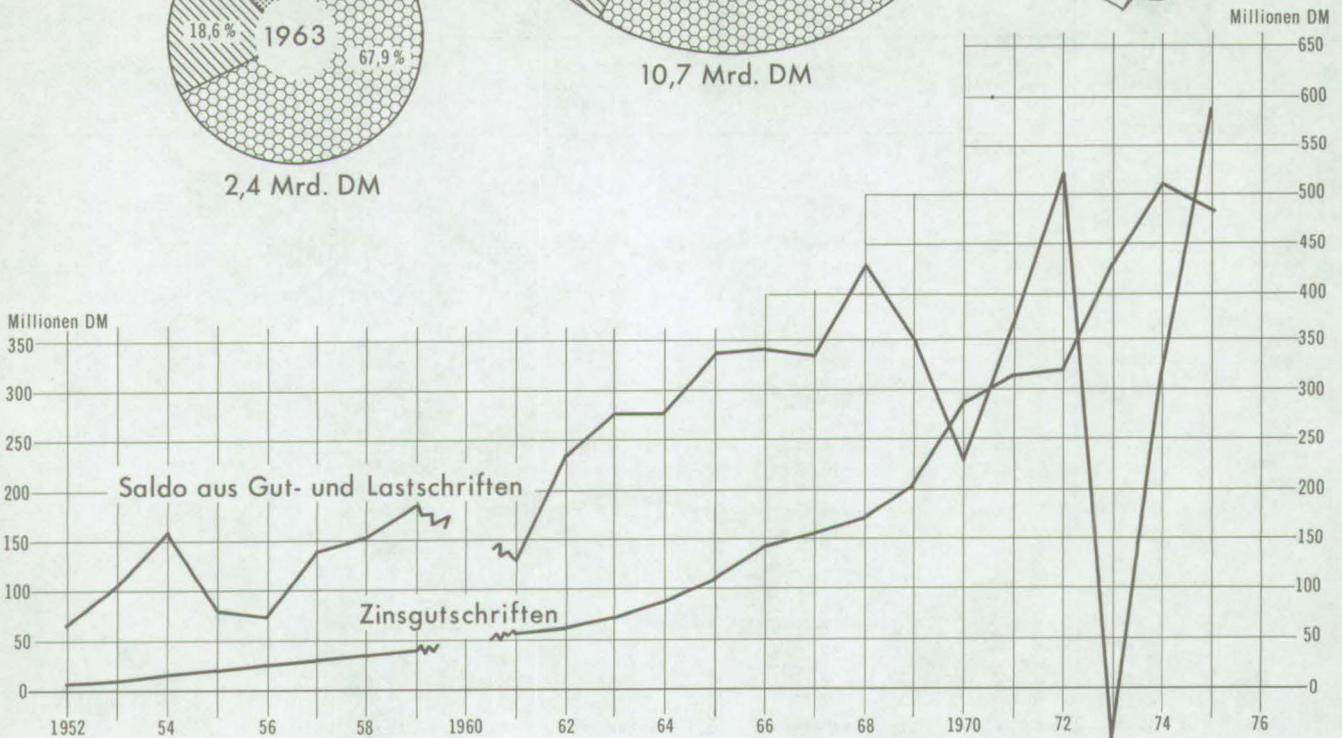
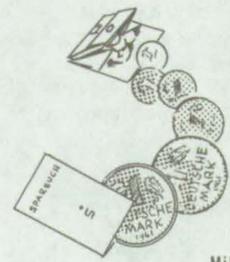
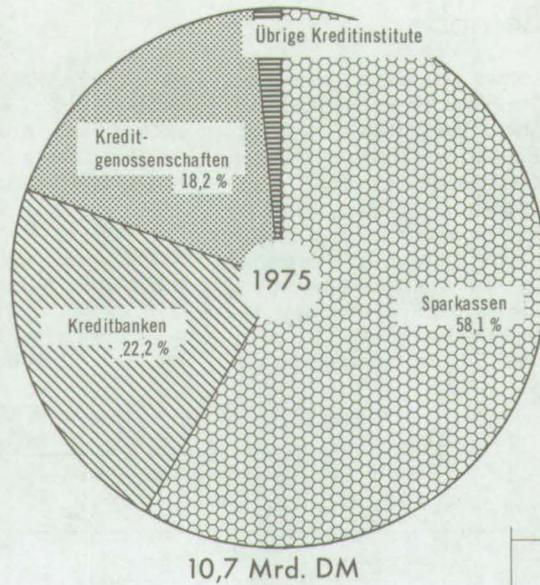
Die Zinsgutschriften sind von der Höhe des Einlagenbestandes und vom Habenzinsfuß abhängig. Die Entwicklung seit 1950 läßt keine starken Schwankungen der Zugänge aus Zinsen erkennen, sondern vielmehr eine kontinuierliche Steigerung. Die Gutschriften erhöhten sich von 5,6 Mill. DM im Jahre 1952 auf über eine halbe Milliarde DM im Jahre 1974; nach Beendigung der Hochzinsperiode gingen sie im Jahre 1975 erstmals leicht zurück. Seit 1970 übertraf das Zinsvolumen mehrfach den Saldo aus Gut- und Lastschriften.

Die Entwicklung des Spargeschäftes bei öffentlichen und privaten Bausparkassen ist in der Darstellung nicht enthalten. Die in Schleswig-Holstein wohnenden Bausparer schlossen im Jahre 1975 bei den Bausparkassen des Bundesgebietes 91 000 neue Sparverträge mit einer Vertragssumme von 2,55 Mrd. DM ab. Im Jahre 1960 hatte die Anzahl der neu abgeschlossenen Verträge nur 16 000 und die Vertragssumme insgesamt nur 272 Mill. DM betragen. Die Vertragsabschlüsse erhöhten sich seitdem bis 1975 um fast das 6fache, die Vertragssummen um über das 9fache. Der Bestand an Bauspareinlagen war sogar am Jahresende 1975 mit 2,66 Mrd. DM über elfmal so groß wie 15 Jahre zuvor. Er machte zum Ende des Beobachtungszeitraumes etwa ein Viertel des Volumens an Spareinlagen aus, das bei Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften verbucht war.

Jahr	Zahl der berichtenden Institute (Stand: 31.12.)	Spar-einlagen am Jahres-anfang	Gutschriften (ohne Zins-gutschriften)	Last-schriften	Saldo der Gut- und Last-schriften	Zugänge aus Zinsen	Spar-einlagen am Jahres-ende	darunter prämi-en-begünstigt	Spareinlagen in DM je Einwohner (Stand: 31.12.)		
									ins-gesamt	darunter bei	
										Spar-kassen	Kredit-genossen-schaften
									Mill. DM		
1949	188	60,7	105,7	.	40	29	.
1950	.	105,7	104,4 ^a	79,1	.	.	131,0	.	52	37	.
1951	.	131,0	109,8 ^a	87,0	.	.	153,8	.	62	44	7
1952	185	153,8	167,5 ^b	103,4	+ 64,0	5,6	223,4	2,6 ^c	93	66	10
1953	187	223,4	288,3 ^b	184,1	+ 104,2	9,1	336,7	2,2 ^c	145	101	16
1954	183	336,7	426,7 ^b	271,5	+ 155,2	15,5	507,4	.	222	151	25
1955	188	507,4	374,3 ^b	294,6	+ 79,6	18,8	605,8	3,3 ^c	268	182	30
1956	188	605,8	435,1 ^b	361,7	+ 73,4	24,5	703,7	3,6 ^c	313	209	36
1957	189	703,7	540,6 ^b	402,8	+ 137,7	29,9	871,4	3,6 ^c	385	253	45
1958	188	871,4	647,2	497,0	+ 150,3	35,6	1 054,4 ^d	.	464	311	55
1959	187	1 054,4	739,5	555,8	+ 183,7	38,1	1 294,3 ^d	17,9	566	378	67
1960	186	1 294,3	1 533,7	39,6	666	445	80
1961	186	1 533,7	965,4	835,6	+ 129,9	57,6	1 721,1	73,6	740	498	91
1962	189	1 721,1	1 125,7	890,9	+ 234,8	62,5	2 018,5	116,2	863	582	100
1963	176	2 018,5	1 280,8	1 001,5	+ 279,3	72,9	2 359,9 ^d	177,0	1 002	680	112
1964	174	2 359,9	1 502,9	1 224,1	+ 278,8	86,8	2 728,9 ^d	244,2	1 148	776	133
1965	172	2 728,9	1 834,8	1 495,6	+ 339,2	110,1	3 178,2	313,1	1 323	884	160
1966	171	3 178,2	2 030,1	1 688,7	+ 341,4	148,6	3 668,2	391,7	1 511	994	189
1967	171	3 668,2	2 172,6	1 838,6	+ 334,0	155,4	4 157,6	462,5	1 699	1 108	216
1968	166	4 157,6	2 531,8	2 105,7	+ 426,1	172,6	4 743,9 ^d	527,1	1 923	1 235	255
1969	168	4 743,9	2 923,8	2 575,8	+ 348,0	203,3	5 295,2	577,5	2 128	1 357	296
1970	161	5 295,2	3 531,0	3 303,0	+ 228,0	286,6	5 809,8	631,9	2 314	1 468	327
1971	154	5 809,8	3 921,9	3 554,5	+ 367,4	317,5	6 494,7	714,9	2 554	1 592	371
1972	151	6 494,7	4 421,7	3 906,2	+ 515,5	321,5	7 331,7	820,8	2 860	1 753	435
1973	167	7 331,7	4 507,2	4 558,2	- 51,0	428,5	7 831,8 ^d	1 110,0	3 036	1 816	504
1974	164	7 831,8	5 120,0	4 804,6	+ 315,4	506,5	8 653,7	1 317,6	3 349	2 000	558
1975	164	8 653,7	5 857,3	5 273,4	+ 583,9	481,2	10 718,8	1 465,8	4 151	2 410	757

- a) in den Jahren 1950 und 1951 sind in den Gutschriften die Jahreszinsen und sonstige Veränderungen, wie z. B. aus Umstellungs-, Ausgleichs- und Entschädigungsgutschriften enthalten
b) einschließlich sonstige Veränderungen (z. B. Umstellungs-, Ausgleichs- und Entschädigungsgutschriften); 1952 = + 10,0, 1953 = + 46,2, 1954 = + 63,2, 1955 = + 4,0, 1956 = + 4,3, 1957 = - 0,2 Mill. DM
c) Prämien- bzw. Gewinnsparen
d) Differenzen gegenüber der Bestandsfortschreibung beruhen auf Veränderungen des Berichtskreises

Sparguthaben am Jahresende
Anteile nach Bankengruppen



Zur Methode

Die dargestellten Ergebnisse sind der Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank entnommen; die Zahlen für Schleswig-Holstein stammen aus den Unterlagen der Landeszentralbank in Kiel. In der Regionalstatistik sind alle Geschäfte von Niederlassungen enthalten, die in Schleswig-Holstein gelegen sind. Hierbei ist es ohne Belang, wo sich der Unternehmenssitz des Kreditinstitutes befindet, zu dem die Niederlassung gehört. Das Spargeschäft der Zweigstellen der überregionalen Großbanken in Schleswig-Holstein (z. B. Commerzbank, Deutsche Bank, Dresdner Bank) ist ebenso erfasst, wie die Einlagen bei allen hier ansässigen Sparkassen. Von den Kreditgenossenschaften ist nur die Geschäftstätigkeit der größeren und großen Unternehmen einbezogen; maßgebend ist hierbei die Höhe der Bilanzsumme der Institute. Der Schwellenwert ist während der Berichtszeit mehrfach heraufgesetzt worden. Ab Dezember 1973 sind diejenigen Kreditgenossenschaften erfasst, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 10 Mill. DM und mehr betrug.

Neben den drei genannten Gruppen der (Kredit-) Banken, der Sparkassen und der Kreditgenossenschaften wird von der Regionalstatistik auch noch der Spareinlagenbestand der

sogenannten "übrigen Kreditinstitute" erfasst. Zu dieser Gruppe zählen: die Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, die Wirtschaftsaufbaukasse, die Hypothekenbanken und die Teilzahlungskreditinstitute. In der Regionalstatistik nicht enthalten ist dagegen die Tätigkeit der Kreditinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz, der Postscheck- und Postsparkassenämter sowie der Landeszentralbank.

Die Statistik umfaßt sowohl die Spareinlagen von Privatpersonen wie die von Körperschaften des privaten oder öffentlichen Rechts. Hierbei ist es unerheblich, wo der Einleger seinen Wohnsitz hat. Die immer wieder dargestellte Berechnung der Spareinlagen in DM/Einwohner, bei der Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr schlecht abscheidet, ist insofern wenig aussagekräftig, als für Gebiete mit enger wirtschaftlicher und bevölkerungsmäßiger Verflechtung über die Landesgrenzen hinaus (z. B. nördliches Randgebiet um Hamburg) eine exakte Abgrenzung von Erhebungsmerkmal und dazu gehörender Bezugsgröße nicht möglich ist.

Keine Aussage macht diese Statistik über den Umfang möglicher anderer Sparformen, wie z. B. das Bausparen, Versicherungssparen, Wertpapiersparen, Entschuldung von Grundbesitz oder Sparen durch Kassenhaltung.

Landwirtschaftliche Betriebe

Der geläufigste und für einen langen Zeitraum vorhandene und vergleichbare Maßstab für die Größe landwirtschaftlicher Betriebe ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), vor 1970 die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN). Betrachtet man nun die Betriebe mit mindestens 2 ha LN/LF, so ergibt sich eine erhebliche Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von gut 54 000 im Jahre 1949 auf gut 32 000 im Jahre 1976 (- 40 %). Gleichzeitig nahm die Fläche in den Betrieben nur um 2 % ab. Es hat also während der vergangenen fast 30 Jahre ein starker Umschichtungsprozeß, eine Netto-Flächenwanderung, stattgefunden, die sich insgesamt günstig auf die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe ausgewirkt hat. Viele kleinere Betriebe stellten die Produktion ein und gaben ihre Flächen auf dem Wege der Verpachtung oder des Verkaufs an andere Betriebe ab, die damit ihre Produktionsgrundlage mit dem Ziel einer Einkommenssteigerung

erweiterten. Per Saldo nahm die Zahl der Betriebe der Größenklasse 10 bis 20 ha bereits seit 1949 ab, während die Zahl der Betriebe zwischen 20 bis 30 ha bis 1965 noch zunahm; danach ging sie jedoch bis 1976 um 40 % zurück. Seit einigen Jahren ist auch die Zahl der Betriebe zwischen 30 und 40 ha (die hier nicht getrennt dargestellt werden konnte) bereits wieder rückläufig.

Die Anteile der einzelnen Betriebsgrößenklassen an der Gesamtfläche machen die Strukturveränderungen noch deutlicher. Hieran wird sichtbar, daß die Flächenumschichtungen insbesondere den Größenklassen von 30 bis unter 100 ha zugute kamen, die ihren Anteil von 41 % im Jahre 1949 auf 61 % im Jahre 1976 vergrößern konnten. Der Flächenanteil der Betriebe mit 100 und mehr ha stieg in der gleichen Zeit nur von 12,1 auf 15,2 %.

Jahr	Betriebe mit 2 und mehr ha LF ¹⁾ zusammen	davon mit ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) ¹⁾									
		2 - 10		10 - 30		30 - 50		50 - 100		100 und mehr	
		Betriebe Fläche	%	Betriebe Fläche	%	Betriebe Fläche	%	Betriebe Fläche	%	Betriebe Fläche	%
Betriebe											
1939	54 253	20 209	37,2	(13 637) ^a	(25,1) ^a	(16 456) ^a	(30,3) ^a	3 297	6,1	654	1,2
1949	54 226	20 744	38,3	22 612	41,7	7 398	13,6	2 884	5,3	588	1,1
1960	49 365	14 829	30,0	22 941	46,5	7 947	16,1	3 077	6,2	571	1,2
1965	46 020	12 261	26,6	21 721	47,2	8 316	18,1	3 145	6,8	577	1,3
1966	45 520	12 043	26,5	21 350	46,9	8 376	18,4	3 167	7,0	584	1,3
1967	44 834	11 734	26,2	20 794	46,4	8 507	19,0	3 209	7,2	590	1,3
1968	43 898	11 282	25,7	20 172	46,0	8 607	19,6	3 248	7,4	589	1,3
1969	42 694	10 693	25,0	19 181	44,9	8 818	20,7	3 386	7,9	616	1,4
1970	39 603	8 987	22,7	17 060	43,1	9 210	23,3	3 666	9,3	680	1,7
1971	37 600	8 074	21,5	15 266	40,6	9 440	25,1	4 086	10,9	734	2,0
1972	36 086	7 455	20,7	14 065	39,0	9 428	26,1	4 347	12,0	791	2,2
1973	34 783	6 954	20,0	12 961	37,3	9 516	27,4	4 511	13,0	841	2,4
1974	33 752	6 587	19,5	12 151	36,0	9 473	28,1	4 668	13,8	873	2,6
1975	32 963	6 407	19,4	11 537	35,0	9 335	28,3	4 769	14,5	915	2,8
1976	32 299	6 215	19,2	11 013	34,1	9 236	28,6	4 880	15,1	955	3,0
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ¹⁾ der Betriebe in ha											
1939	1 179 003	102 842	8,7	(200 118) ^a	(17,0) ^a	(508 953) ^a	(43,2) ^a	211 808	18,0	155 282	13,2
1949	1 125 810	104 166	9,3	419 182	37,2	282 232	25,1	183 977	16,3	136 253	12,1
1960	1 130 775	75 717	6,7	438 195	38,8	302 493	26,8	197 984	17,5	116 386	10,3
1965	1 125 891	62 163	5,5	426 889	37,9	315 708	28,0	202 745	18,0	118 386	10,5
1966	1 122 113	60 807	5,4	421 842	37,6	317 814	28,3	204 069	18,2	117 581	10,5
1967	1 120 691	58 986	5,3	413 667	36,9	322 346	28,8	206 635	18,4	119 057	10,6
1968	1 114 073	56 474	5,1	404 218	36,3	326 040	29,3	209 629	18,8	117 712	10,6
1969	1 113 974	53 384	4,8	386 876	34,7	333 964	30,0	218 100	19,6	121 650	10,9
1970	1 114 928	44 836	4,0	348 174	31,2	350 097	31,4	236 068	21,2	135 753	12,2
1971	1 116 213	40 602	3,6	314 528	28,2	360 310	32,3	263 971	23,6	136 802	12,3
1972	1 115 320	37 661	3,4	290 553	26,1	360 992	32,4	281 325	25,2	144 789	13,0
1973	1 112 997	34 947	3,1	268 448	24,1	365 057	32,8	292 455	26,3	152 090	13,7
1974	1 109 114	33 211	3,0	251 863	22,7	364 277	32,8	303 171	27,3	156 592	14,1
1975	1 105 885	32 391	2,9	239 911	21,7	360 429	32,6	310 758	28,1	162 396	14,7
1976	1 104 240	31 212	2,8	229 164	20,8	357 318	32,4	318 439	28,8	168 107	15,2

1) 1939 bis 1969 landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

a) für 1939 Größenklassen 10 - 20 und 20 - 50 ha

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte C IV 7 (Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe)

Zur Methode

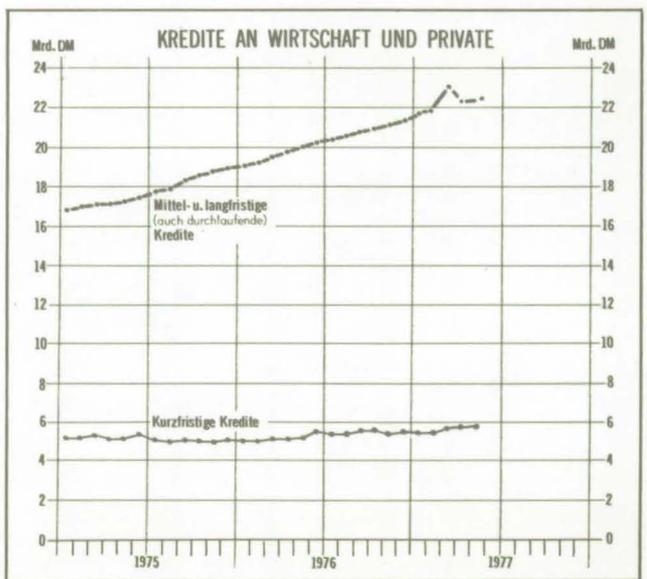
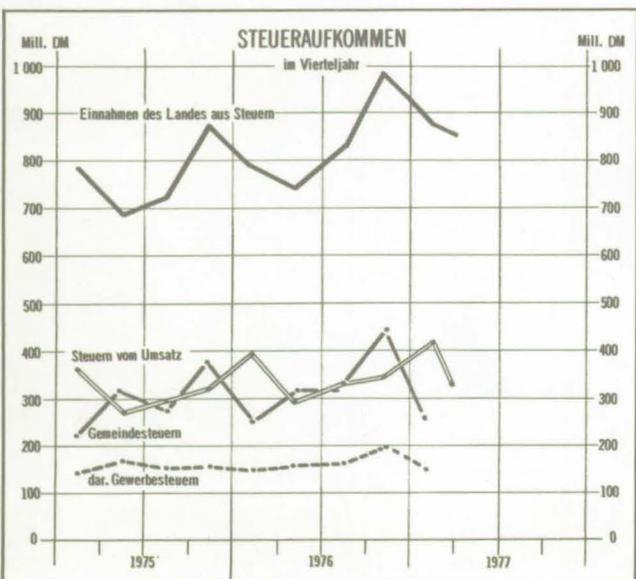
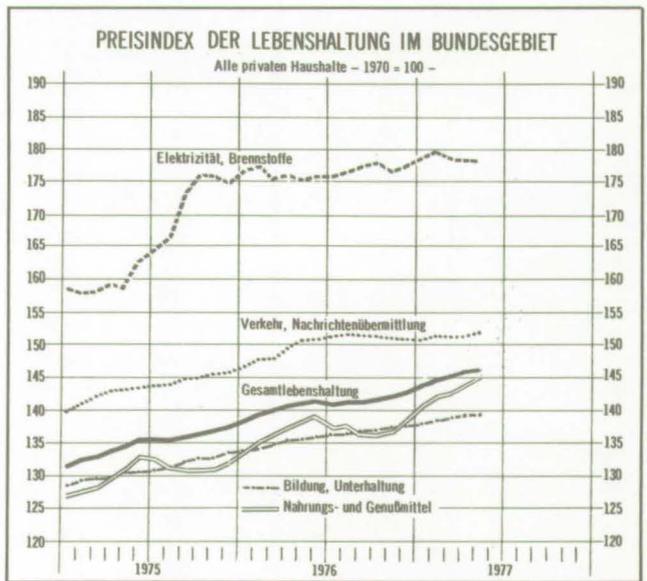
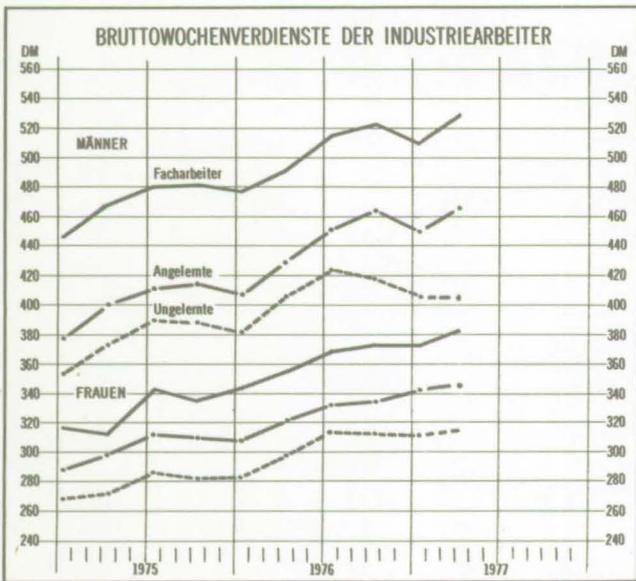
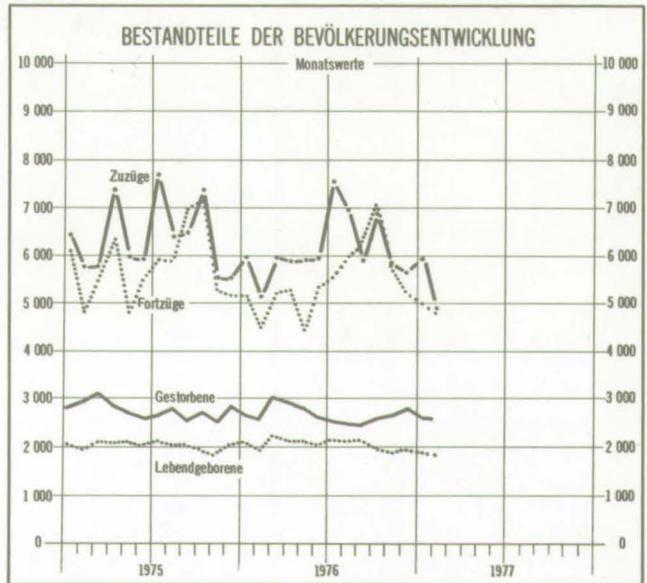
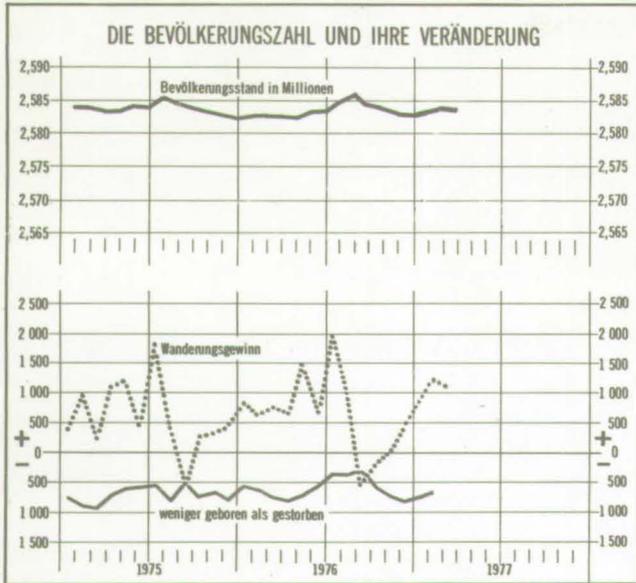
Zahl und Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der LN/LF stammen aus den Landwirtschaftszählungen 1939, 1949 und 1960 und seit 1965 aus den Bodennutzungsvorerhebungen, die 1965 und 1970 als Grunderhebungen, in den Folgejahren lediglich als Fortschreibungen durchgeführt wurden. Durch das Fortschreibungsverfahren dürften von 1965 bis 1969 nicht alle Betriebsgrößenveränderungen erfaßt worden sein, so daß durch

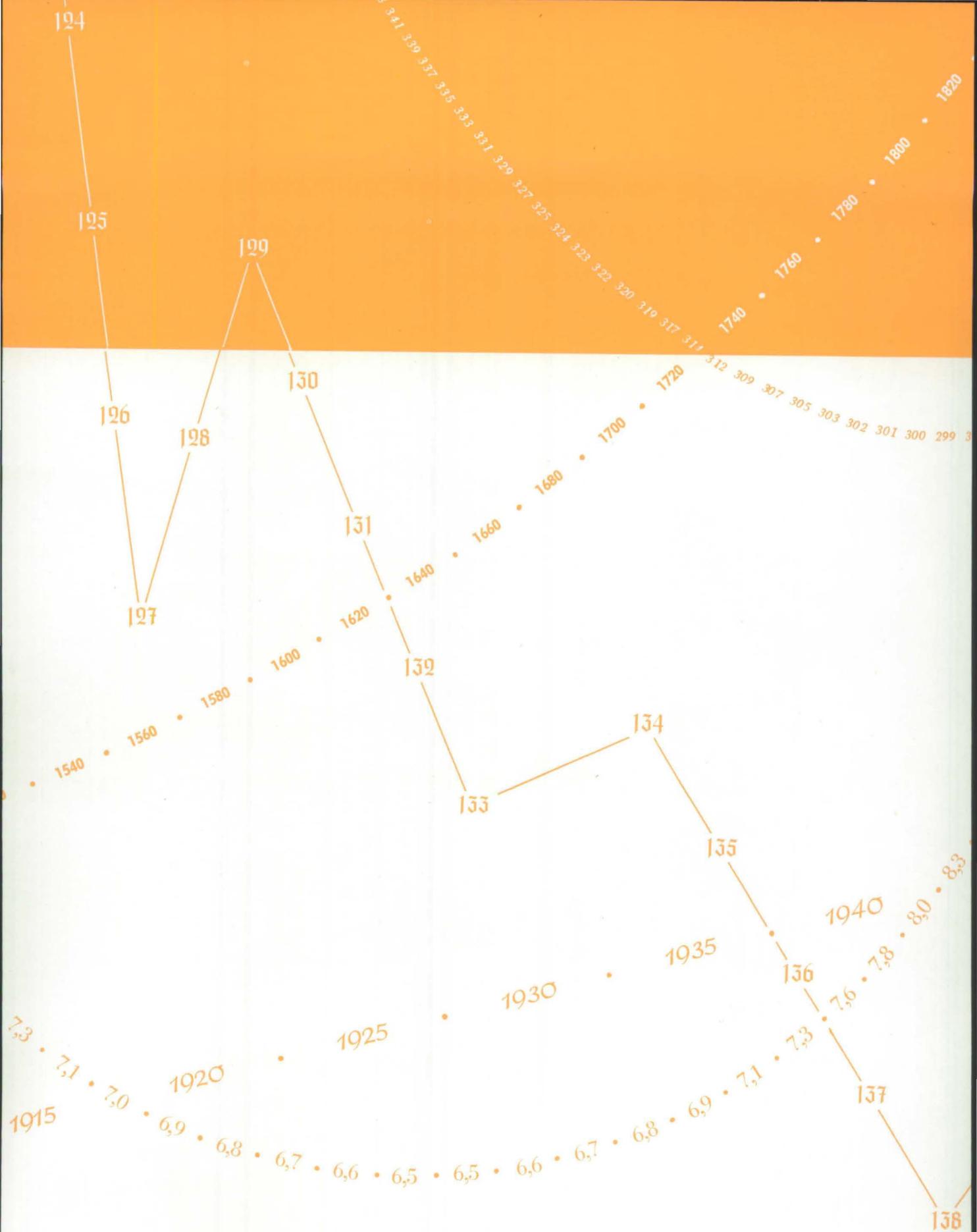
die Grunderhebung 1970 gegenüber 1969 stärkere Veränderungen nachgewiesen werden.

Der Begriff "Landwirtschaftliche Nutzfläche" (LN) wird ab 1970 nicht mehr verwendet. An seine Stelle ist der Begriff "Landwirtschaftlich genutzte Fläche" (LF) getreten, in der die aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen "Nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen" sowie die "Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten" nicht mehr enthalten sind. Durch diesen Übergang wird die Vergleichbarkeit in Schleswig-Holstein nur unwesentlich beeinträchtigt.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41

Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen